Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 11.—17. Nov. 155 Milliarden, durch die Post 2210 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leipzigerstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2231. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 9 Goldpfennige f. d. Millim. Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennige f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 30 Milliarden | Freitag, den 16. November 1923 | 3. Jahrgang Nummer 269

Die Reichswehr erpreßt Lohnabkommen

Lohnverhandlungen unter Aufsicht von Reichswehroffizieren und Kriminalbeamten — Die Lohnkommission wird verhaftet, wenn sie nicht dem Diktat der Unternehmer zustimmt — Hungerunruhen in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. November.

In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag traten die Mühlenarbeiter Groß-Berlins in den Streik, da die Arbeitgeber jede Lohnforderung und überhaupt jede Lohnverhandlung ablehnten. Die Mühlenbesitzer hatten aber vorher sich den Schutz und Beistand des Wehrkreiskommandos gesichert. Als die Funktionäre der Lebensmittel- und des Transportarbeiterverbandes zu einer Sitzung zusammentreten wollten, wurden sie verhaftet. Der Genosse Schmidt, Angestellter der Ortsverwaltung und andere Mühlenarbeiter wurden festgenommen. Als die Verhandlungen zur Beseitigung der Lohndifferenzen eröffnet wurden, erschien ein Offizier des Wehrkreiskommandos und Kriminalbeamten und erklärten, die Arbeitnehmer würden sofort verhaftet, wenn sie den Streik gutheißen und eine Streikleitung bilden würden. Wenn sie aber dafür stimmen, daß die Arbeit sofort aufgenommen wird und ein diesbezügliches Plakat herausgeben werden sie frei ausgehen. Die Arbeitervertreter lehnten solche Verhandlungen ab. Daraufhin wurden sie verhaftet. Später begann unter Ueberwachung der verhafteten Lohnkommission durch Kriminalbeamte die Verhandlung. Während den Verhandlungen wartete auf der Straße ein Auto, um nach einem Scheitern der Verhandlungen die Verhafteten abzutransportieren. Nur unter dem Druck des Wehrkreiskommandos wurde eine Einigung in der Lohnfrage erzielt.

*

Immer nackter enthüllt sich die Militärdiktatur. Nach dem Streikverbot für Buchdrucker und dem Verbot des Streikpostenstehens jetzt die Erpressung von Lohnabkommen durch die Reichswehr. Die „unpolitische" Reichswehr diktiert auf Geheiß der Unternehmer die Löhne, das ist der Sinn des neuesten Gewaltstreiches der Seeckt-Diktatur. Die Vertreter der Arbeiterschaft, also die gesamte Arbeiterschaft, werden mit Verhaftung bedroht, wenn sie nicht dem Unternehmerdiktat zustimmen, sie werden freigelassen, wenn sie offenen Verrat begehen und durch Plakate zum Streikfahrbruch auffordern. Also Erpressung, wie sie im Buche steht. Erpressung unter Anwendung von Gewalt, Herr Seeckt, darauf sieht nach dem bürgerlichen Gesetzbuch Zuchthaus. Und die Offiziere und Kriminalbeamte, die Sie zu den Lohnverhandlungen der Mühlenarbeiter schickten, haben sich der Erpressung schuldig gemacht und Sie haben sie dazu angestiftet, den Auftrag dazu gegeben. In Deutschland gibt es soviel „objektive" Staatsanwälte, ob sich wohl einer finden wird, der „Sühne für die Verletzung des Rechts" fordern und Anklage wegen Erpressung gegen Seeckt, seine Offiziere und die Kriminalbeamten erheben wird?

Reichswehroffiziere und Kriminalbeamte bei den Lohnverhandlungen, die Lohnkommission verhaftet, Streikpostenstehen verboten, der Streik überhaupt verboten, Kontrollausschüsse und proletarische Hundertschaften verboten. Die Goldmark in drei Tagen um das Vierfache ihres Wertes gestiegen, ein Brot in Berlin 420 Milliarden, jeden Tag zunehmende Betriebsstillegungen, jeden Tag wachsende Arbeitslosigkeit und Hunger, in einer kleinen Stadt wie Wernigerode 11 Selbstmorde aus Nahrungssorgen in einer Woche, Hungertod der Alten in den Räumen der „Haßischen Allershilfe", zunehmende Hungerunruhen trotz der mit Faszisten und Stahlhelmern aufgefüllten Reichswehr und Schupo, das sind die Ergebnisse von zwei Monaten Generaldiktatur für das Proletariat, für die überwiegende Mehrheit, für 90 Prozent des Volkes. Wirklich schöne Ergebnisse, die noch schönere Aussichten für die Zukunft mit der zunehmenden Zerrüttung der Wirtschaft bieten. Heute noch werden die Lohnabkommen erpreßt und die Streikführer verhaftet, morgen schon wird das Programm der Faszisten, beim Streik jeden fünften Streikenden an die Wand gestellt, erfüllt werden. Es sind zuviel Menschen auf der Welt, deshalb weg mit den Arbeitern.

Der Hunger und mit ihm die Gewaltmaßnahmen der großindustriellen Militärdiktatur wachsen von Tag zu Tag. Mit ihr wachsen aber auch die Kräfte der Revolution. Die an die Demokratie glaubenden Arbeiter haben durch Sachsen und Thüringen und durch die unbeschränkte Seeckt-Diktatur erkannt, daß nur die Diktatur des Proletariats Besserungen für die Arbeiterklasse erreichen kann. Die Berliner Buchdrucker haben auf das Streikverbot des Seeckt gepfiffen. Für die Generale ein Zeichen, daß ihre papiernen Verordnungen, und wenn sie noch so sehr mit dem Säbel rasseln, elende Fetzen Papier sind, wenn die Arbeiterschaft kampfentschlossen auf den Plan tritt. Und der Kampfwille und die Kampfentschlossenheit der Arbeit wächst von Stunde zu Stunde. Das zeigt die zunehmende Stärke der Kommunistischen Partei und die immer größeren Umfang annehmende Bewegung in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder für die Weimarer Konferenz. Die Kampfkraft und das Siegesbewußtsein des Proletariats wachsen, wird und muß weiter wachsen, bis sie die Stärke und Kraft haben, das Geschick der eigenen Klasse selbst in die Hand zu nehmen und durch die Rote Diktatur die Weiße Diktatur abzulösen.

Arbeiter, Angestellte, kleine Handwerker und Kaufleute! Proletarische Soldaten der Reichswehr und Schupo!

Die Regierung der Kapitalisten feiert einen Sieg über die arbeitende Klasse nach dem anderen. Nachdem sie das proletarische Sachsen und Thüringen durch Reichswehr besetzen ließ, nachdem sie die sämtlichen revolutionären Arbeiterzeitungen erdrosselt hat, befestigt sie ihren Sieg, indem sie die Versuche des Aufstandes der Völkischen, der Vertreter des Kleinbürgertums niedergeworfen hat. Sie wird sich jetzt einigen mit den bayrischen Rebellen, mit der Regierung Kahrs, die Deutschland zerschlagen und den Weg ebnen will zur Einsetzung der Monarchie! Sie wird sich einigen mit den Junkern, indem sie die reaktionären Elemente in die Regimenter aufnimmt. Unter Führung des Generals Seeckt wird das Bündnis der Brotwucherer, der Kohlen- und Eisenwucherer geschlossen.

Die Reichswehr wird offen zur Wehr der Reichen.

Diese faszistische Diktatur bedeutet:

wachsende Teuerung,
wachsenden Hunger,
wachsende Arbeitslosigkeit
und den Zehnstundentag!

Sie bedeutet:

die Vollendung der Versklavung der Arbeiterschaft.

Jeder Tag der Herrschaft Stresemanns und Seeckt beweist: alle Versprechungen, wertbeständiges Geld einzuführen, sind Lug und Trug.

Die Regierung Stresemann-Seeckt kann kein wertbeständiges Geld einführen, weil sie kein Gold und keine Devisen hat, Gold und Devisen der Schwerindustriellen und Junker nicht beschlagnahmen will.

Die Regierung Seeckt verspricht die Linderung der Lebensmittelnot, aber dieses Versprechen ist Betrug. Die Bauern geben für die wertlosen Papierfetzen kein Brot und die Regierung wagt nicht, Industrieprodukte bei den Schwerindustriellen zu beschlagnahmen, um dafür von den Bauern Brot zu bekommen.

Die Regierung Seeckt verspricht Euch Kohlen für den Winter, aber sie wagt nicht, Kohlen bei Stinnes und Klöckner zu nehmen.

Die Regierung Seeckt verspricht, gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen, aber sie macht die Arbeiter arbeitslos, weil bei den bestehenden Kohlenpreisen die deutsche Industrie nicht fähig ist, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und leidender Mittelstand!

Irregeführt durch die VSPD., die Schrittmacher der Militärdiktatur, die die Schrittmacherin des Faszismus war, habt Ihr den Aufbau der Diktatur Eurer Ausbeuter und Peiniger nicht verhindert, jetzt werdet Ihr gegeißelt von den Skorpionen des Generals Seeckt. Wehrt Ihr Euch nicht, so werdet Ihr hungernd und frierend zu Paaren getrieben werden.

4½ Millionen Arbeitslose

wissen schon nicht, was sie morgen essen werden. Die Agenten der Konterrevolution reizen sie auf zu Plünderungen der kleinen jüdischen Schieber, um die Wut des Volkes abzulenken von den großen jüdischen und christlichen Schiebern. Die VSPD. fordert Euch auf, der Schupo zu helfen im Kampfe gegen Plünderungen.

Wir fordern Euch aber auf zum Kampf um Brot und Freiheit!

Das Schweigen der Arbeiter macht die faszistischen Diktatoren übermütig. Ein unfähiges Gesindel, das nichts hat, als den Prügel, der schießt und den Säbel, der haut, eine Bande von Bankrotteuren, mit denen die Entente spricht, als wären sie ihre Lakaien. Sie glauben, daß sie alles dem deutschen Volke bieten könnten.

Wir rufen Euch auf, den Herrschaften zu zeigen, daß sie die Arbeiterklasse nicht besiegt haben.

Füllt die Straßen der Städte mit Euren Massen, gegenüber denen Reichswehr und Sipo Glas ist, das zersplittert.

Auf zur Massendemonstration!
Brot für die Hungernden!
Arbeit für die Proletarier!
Freiheit für die Volksmassen!
Nieder mit der faszistischen Diktatur!
Es lebe Räte-Rußland!

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der 3. Internationale).

Die Auflösung des Reiches

Unserm österreichischen Parteiorgan, der „Roten Fahne", entnehmen wir nachstehenden Artikel, der die Beurteilung der Lage Deutschlands durch unsere österreichischen Genossen zeigt und uns mit der faszistischen Bewegung in Oesterreich bekannt macht.

Red. des „Klassenkampf".

Die Rheinlandrepublik wird zur Wahrheit werden. Die begeistertsten „völkischen" Politiker erklären, daß man sich mit einem vorübergehenden Verlust des Ruhrgebietes abfinden müsse, Stinnes und seine Gruppe, die „Helden" des Ruhrkrieges, haben längst mit dem französischen Kapital Frieden geschlossen und die Teilung der Beute in die Wege geleitet.

Der Deutsche Reichstag wird vielleicht noch einen Protest erheben, machtpolitisch ist die Frage entschieden.

Die Republik Stinnes ist in Gründung begriffen und der Abbau der sozialpolitischen Gesetzgebung ist der erste Schritt zur Rettung der Ruhrkriegsgewinne. Hatte die Arbeiterschaft es abgelehnt, dem Angebot des Generals Degoutte zu folgen und die Betriebe im Interesse der Annexionsbehörden zu besetzen, ist das deutsche Kapital keineswegs von „nationalen" Vorurteilen erfüllt.

Die französischen Bajonette werden gegen die deutschen „Volksgenossen" aufgeboten, die man vorher schwere Opfer bringen ließ für die künftige Bündnisfähigkeit des deutschen Kapitals mit dem „Erbfeind".

Stresemann, der deutsche Kanzler, dessen Rücktritt von der bayrischen Kahr-Regierung immer energischer gefordert wird, will nun dem Beispiel seiner kapitalistischen Auftraggeber nachfolgen und ein Kompromiß schließen. Die Rheinlandrepublik im Rahmen des Reiches stellt wohl nur die erste Etappe der Lostrennungsmaßnahmen des Ruhrgebietes vom Reiche dar, aber sie wird restlos durchgeführt werden. Und die Agenten der Entente bleiben an der Macht. Stresemann hat kapituliert.

Vergebens suchen nun die Sozialdemokraten wenigstens einen Teil der sozialpolitischen Gesetze aufrechtzuerhalten, die Kapitalisten haben längst ihr neues Reich zu zimmern verstanden, in dem der Säbel herrscht und die industrielle Reservearmee der Kapitalistenherrschaft ausgeliefert erscheint.

Kahr, der bayrische Diktator, kann die Umgruppierung der Kräfte im Rheinland nicht ungenützt vorübergehen lassen. Das Verbot der Kommunistischen Partei und Jugendbewegung, die Verhängung der Zuchthausstrafe für alle „staatsfeindlichen" Elemente, geben ihm nicht nur die Gelegenheit, mit der Arbeiterschutzgesetzgebung abzurechnen, sie gewähren ihm auch freie Hand zur Niederschlagung der „reichstreuen Demokratie"!

Im Namen des Reiches werden die Anhänger der Novemberrepublik als Hochverräter verfolgt und Stresemann freut sich der beispielgebenden Energie, die er selbst auf mitteldeutschem Maßstab nachzuahmen versucht hat.

Die thüringische Arbeiter-Regierung ist gesprengt. Die Sozialdemokraten sehen ihre Illusionen zusammenbrechen, als könnte man friedlich hineinwachsen in den Sozialismus. Wie lange noch, und auch die sozialdemokratische Regierung wird abgelöst werden von Kaiser Wilhelms alten Offizieren. Das rote Thüringen hat kapituliert, ehe noch die Brigade Ehrhardt ihre militärischen Pläne durchzuführen vermochte, und als unblutiger Sieger darf der Sturmtruppkommandant Hitlers Erbe antreten und von Kahr die Amnestie ertrotzen.

Dennoch darf man den Einfluß der Hakenkreuzgruppen nicht überschätzen. Wenn auch die Auflösung der „Reichsflagge" und des „Oberland" mehr formell als faktisch ist, so beweisen diese Maßnahmen doch, daß die blauweißen separatistischen Kreise sich stark genug fühlen, ihre alldeutschen Werkzeuge im Gehorsam zu erhalten.

Kahr hat es verstanden, die Hitler-Gruppen bald durch Drohungen, bald durch Versprechungen für sich ungefährlich zu gestalten, die Unterstützung des Zentrums und der Kirche stärkt seine Position gegen das ketzerische Berlin.

Wenn Kahr als Protestant dennoch die Unterstützung der Altkatholiken und des katholischen Klerus findet, so deshalb, weil man gerade dadurch die Werbekraft des katholischen Musterstaates vermehren will in den nichtkatholischen Gebieten.

„Der Separatismus hat seinen Schrecken für uns verloren", offen bekennt sich die nationalistische Presse, offen bekennt sich der begeisterteste Nationalist der Schwarzen Reichswehr zu den Lostrennungsbestrebungen des Bundes „Bayern und Reich".

Während so die Selbstzerfetzung in Deutschland vor sich geht, fordert das Ententekapital „die Ausdehnung des Besetzungsgebietes zur Sicherung der Reparationen".

Der Sieg des Separatismus im Reich hat das Bündnis Kahrs mit Seipel noch mehr befestigt. Rheinland, Bayern, Oesterreich, das sind die Etappen der Ententeoffensive. Die österreichischen Heimwehren, Instrumente des Klassenwillens der Agrarier, stehen bereit, Kahrs Offensive weiterzutragen, und Steidle, der Tiroler Kommandant, wird gerne nach Ablehnung eines gemeinsamen Vorgehens durch die italienischen Faszisten in Kahr-Bayern einen Rückhalt finden.

Die Heimwehrformationen Salzburgs, Ober- und Niederösterreichs sind nicht schlechter organisiert als die Tiroler Helden der „Berg-Isel-Paraden".

Auch ohne einen Einmarsch bayrischer Truppen, durch die Kraft der österreichischen Selbstschutzverbände allein können Kahrs Verbündete sein Beispiel nachahmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231116-11/fragment/page=0001

Ohne die Stoßkraft der bäuerlichen Sturmtruppen zu überschätzen, deren Zentralisierung nicht so weit vorgeschritten ist wie die der kleineren Formationen der Hakenkreuzler, ist doch die eigentliche Gefahr von den Weißen Truppen des flachen Landes zu erwarten. Der Ausbau des republikanischen Schutzbundes zu einem aktiven Zentrum proletarischen Widerstandes ist ein Gebot der Notwendigkeit. Dies geschieht nicht durch Ausschluß der klassenbewußten Elemente, wie es in einigen Ortsgruppen Wiens und der Provinz versucht wurde, sondern nur durch die Zusammenfassung aller Klassenkräfte der Arbeiterschaft zu gemeinsamer Abwehr.

Neue Hungerunruhen in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. November.

In der Berliner Arbeiterschaft und in der gesamten Bevölkerung des Reiches ist seit gestern, seit dem Bekanntwerden der Dollarsteigerung und der Preisaufbesserung, eine riesige Empörung ausgebrochen. Ueberall haben sich wieder die bekannten stiegenden Versammlungen auf den Straßen und Plätzen gebildet, wo lebhaft über die Ursachen und die Schuldigen an der Situation gesprochen wird. Verstärkte Schutzpolizei patrouilliert durch die Straßen, treibt überall die Versammlungen auseinander. Es zeigt sich jetzt ganz klar, daß die Auffüllung der Schutzpolizei nur vorgenommen wurde, um die noch weiter steigende Empörung niederzuhalten. Gestern wurden verschiedene Bäckereien geplündert und die Bäckermeister, die das Brot schon zum neuen Preis von 420 Milliarden Mark verkauften, teilweise lebensgefährlich verprügelt.

Verhaftung von Streikführern im Berliner Buchdruckerstreik

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. November abends.

Am Mittwoch hat das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch gefällt, der als rechtsverbindlich anerkannt wurde und den Buchdruckern einen Wochenlohn von 25 Goldmark in Aussicht stellt. Zunächst sollen den Buchdruckern 1 Billion Mark bei Wiederaufnahme der Arbeit sofort ausgezahlt werden. Der Lohn für die nächste Woche soll 3,5 Billionen Mark betragen.

Der Vorsitzende der Berliner Buchdrucker, Robert Braun, der Vorsitzende der Graphischen Hilfsarbeiter, Otto Gloth, und der Vorsitzende der Buchbinder, Otto Gäbel, wurden in den Bureauräumen des Gewerkschaftshauses verhaftet. Die Verhaftung erfolgte, als die Genannten zusammen mit anderen Funktionären eine Sitzung abhalten wollten. Die Beauftragten des Wehrkreiskommandos hatten Befehl, noch weitere sechs Spitzenfunktionäre zu verhaften. Da sie aber vor Beginn der Sitzung mit den Verhaftungen begannen, konnten sie im Gewerkschaftshaus nur die drei oben Genannten festnehmen. Ob die Nichtverhafteten in ihren Privatwohnungen festgenommen wurden, ist bis jetzt nicht bekannt. Am Mittwoch wurde noch eine große Anzahl von Betriebsräten, Funktionären und streikenden Arbeitern durch das Wehrkreiskommando nach dem Gefängnis Moabit überführt.

Die Berliner Buchdrucker von den VSPD.-Führern verraten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. November.

In dem Buchdruckerstreik ist eine neue Situation eingetreten. In der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Groß-Berlins wurde ein papierner Protest gegen das Vorgehen des Oberbefehlshabers gefaßt. Gegen eine Streikminderheit wurde der Beschluß auf Erklärung des Generalstreiks zur Unterstützung der Buchdrucker abgelehnt. Die Gewerkschaftsbureaukratie erklärte, daß infolge des Eingreifens der Militärbehörden in den Streik die Situation so sei, daß ein Streikabbruch empfohlen werde. Die Gewerkschaftskommission, d. h. die VSPD.-Führer, verlangen von den Funktionären, daß sie sich den Beschlüssen der Spitzenkörperschaften fügen. Die Gewerkschaftsbureaukratie nützt die jetzigen Zustände unter dem Belagerungszustand aus. Da die Funktionäre infolge Bedrohung durch Schutzpolizei keine Funktionärversammlung abhalten können, haben sie die Obleute der Betriebe veranlaßt, heute zwischen 9 und 10 Uhr sich in ihren Organisationsbureaus einzufinden, um dort weitere Verhaltungsmaßregeln entgegenzunehmen. Es wird damit gerechnet, daß es der Gewerkschaftsbureaukratie gelingt, den Streik abzuwürgen, trotzdem er ein unerhört schlechtes Lohnabkommen und eine Massenentlassung der Buchdruker zur Folge haben wird.

Die Stresemann-Regierung vor dem Sturz

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. November.

Heute ist der „Lokalanzeiger" und „Der Tag" wieder erschienen. Beide bringen einen Spitzenartikel, in dem die Frage des Sturzes von Stresemann erörtert wird. Der Rücktritt des jetzigen Kabinetts soll voraussichtlich auf rein parlamentarischem Wege vor sich gehen. Man rechnet damit, daß in der Plenarsitzung des Reichstages ein Mißtrauensvotum der Deutschnationalen genügend Unterstützung erhalten werde. Stresemann wird voraussichtlich den Reichstag nicht auflösen. Die neue Regierung wird im wesentlichen durch die Diktatur-Vollmachten des jetzigen Oberbefehlshabers, General von Seeckt, ihr Gepräge erhalten.

In die neue Regierung, die eine ausgesprochen rechtsgerichtete Tendenz hat, sollen nur Persönlichkeiten, die nicht dem Parlament angehören, vertreten sein.

Der „wirtschaftliche Aufbau" unter der Militärdiktatur

Bitterfeld, 15. November.

Die Grube „Ludwig" bei Bitterfeld hat 8 Angestellten und 640 Arbeitern zum 15. November gekündigt, da die Grube stillgelegt wird.

Wittenberg, 15. November.

Das Stickstoffwerk Piesteritz hat allen Angestellten gekündigt. Als Kündigungsgrund ist die Unrentabilität des Betriebes und Unfähigkeit des einzelnen Angestellten angegeben. Selbst Angestellte, die seit länger als fünf Jahren im Betrieb beschäftigt sind, sind wegen Unfähigkeit entlassen worden.

Die Arbeiterschaft, die hat ausgesetzt müssen, hat die Aufforderung bekommen, am nächsten Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. 60 bis 70 Mann, natürlich die Mehrzahl Kommunisten, werden nicht wieder eingestellt.

Zeitz, 16. November.

In Zeitz liegen rund 15 000 Arbeiter auf der Straße. Die Firma Appel & Kühn, Eisengießerei Zeitz, und die „Leonhardt-Werke" haben ebenfalls die Arbeiter zum Teil oder vollzählig gekündigt und beabsichtigen, den Betrieb einzustellen.

Leuna will die Baubetriebe stillegen

Die Direktion des Leunawerkes hat an die Arbeitgebervereinigung im Leunawerk am 10. November folgendes Schreiben gesandt:

An
die Arbeitgebervereinigung im
Leunawerk.

Infolge des fast gänzlich stockenden Absatzes unserer Erzeugnisse und der sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sehen wir uns außerstande, unsere angefangenen Bauten in dem bisherigen Ausmaße weiter fertigzustellen.

Wir teilen Ihnen dies mit, unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß Sie mit völliger Stillegung der Ihnen in Auftrag gegebenen Arbeiten in absehbarer Zeit rechnen müssen, falls keine Besserung der Verhältnisse eintritt. Unter keinen Umständen ist es uns deshalb möglich, Ihnen derartige Löhne zurückzuvergüten, wie Sie von Ihrer Organisation neuerdings vereinbart wurden. Wir werden Ihnen in der laufenden Tarifwoche die vereinbarten Löhne zurückerstatten, können aber mit Rücksicht auf unsere oben geschilderte wirtschaftliche Lage von der nächsten Woche an Ihnen nur solche Löhne zurückvergüten, welche höchstens 10 Prozent über unsere jeweiligen tariflichen Löhne liegen. Wir betrachten dies als das äußerste Entgegenkommen unsererseits, das aber nur ein Uebergang bis zur völligen Stillegung unserer Bauten sein kann, von der wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Notlage Ihrer Arbeiterschaft zunächst absehen wollen. Die Festlegung einer Zeitdauer, während welcher die Bauten noch weitergeführt werden können, ist uns nicht möglich.

Hochachtungsvoll Ammoniakwerk Merseburg.

Die Generaldiktatur verhaftet Arbeiter, die um ein Stück Brot streiken und bittet die Besitzenden gnädigst darum, für die Hungernden, von denen in der „Hallischen Altershilfe" und „Hallischen Volksspeisung" bereits welche vor Hunger tot umgefallen sind, Speise- und Wärmehallen einzurichten. Aber die Unternehmer mit diktatorischen Mitteln zu zwingen, die Arbeitslosigkeit und somit den Hunger durch Weiterführung der Betriebe zu beseitigen, dazu sind Seeckt und die übrigen Generale nicht in der Lage.

Die Direktoren des Leunawerkes waren ja von jeher als Scharfmacher bekannt. Jetzt führen sie den Vorstoß gegen die Bauarbeiter, die Arbeitergruppe mit den höchsten Löhnen, um nachher den Hungerlohn der Leunaarbeiter noch mehr drücken zu können. Entweder zu Hungerlöhnen 10 Stunden arbeiten oder der Betrieb wird geschlossen. Und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sehen diesem Vorstoß des Unternehmertums tatenlos zu.

Stillegung der gesamten Ruhrzechen

Gelsenkirchen, 15. November.

Auf den Zechen ist gestern folgende Bekanntmachung an die Belegschaften angeschlagen worden:

Bei der völligen Erschöpfung der Betriebsmittel, bei der Ungeklärtheit der zukünftigen Absatzmöglichkeiten und der trostlosen Lage des Verkehrs, bei den schweren, uns von den Besatzungsmächten gestellten Bedingungen ist es heute nicht zu übersehen, ob und inwieweit in Zukunft ein Betrieb möglich ist. Wir sind daher zu unserem Bedauern gezwungen, unserer gesamten Belegschaft zum 30. November zu kündigen. Soweit die heute vorhandene Beschäftigungsmöglichkeit sich wirtschaftlich aufrechterhalten läßt, wird der Betrieb weitergeführt.

Die Reparationskommission will die deutschen Sachverständigen hören

Paris, 14. November.

Die Reparationskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, soweit es möglich ist, die deutschen Delegierten über die Zahlungsfähigkeit des deutschen Antrages vom 9. November 1923 zu hören. Das Datum wurde noch nicht festgesetzt. Die Reparationskommission wird jedoch der deutschen Kriegskostenkommission den Vorschlag machen, die deutschen Delegierten innerhalb 10 Tagen nach Paris zu berufen. Die Reparationskommission hat ferner einstimmig beschlossen, nach Anhörung der deutschen Regierung in eine Prüfung einzutreten, ob es geboten sei, einen Sachverständigenausschuß zu ernennen, um sich über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches zu verständigen.

Die offene Unterstützung der Separatisten durch die Franzosen

Berlin, 15. November.

Die Separatisten haben in der letzten Woche die Städte Andernach und Mayen besetzt und sich der dortigen, städtischen Druckpressen bemächtigt, auf denen sie eigenes Notgeld herstellen. Sie haben von den Vorstehern der betreffenden Reichsbankanstalten die Annahme bzw. Einlösung des Notgeldes verlangt und gedroht, im Weigerungsfalle die Beamten zu verhaften und zu bestrafen. Obwohl der Kreisausschuß in Mayen sich gegen die Gültigkeit des Separatisten-Notgeldes ausgesprochen hatte, ist von dem französischen Delegierten der Interalliierten Kommission in Koblenz die Gültigkeit solchen Notgeldes für den gesamten Regierungsbezirk Koblenz ausdrücklich anerkannt und insbesondere für das Mayener Separatisten-Notgeld angeordnet worden, daß es auch von den Reichsbankanstalten anzunehmen sei.

Unter der Kahr-Diktatur

Auf Grund der Verordnung vom 26. September 1923 (Staatsanzeiger Nr. 234) wird mit sofortiger Wirksamkeit angeordnet:

§ 1. Das Erscheinen aller Zeitungen und Zeitschriften der Vereinigten Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei und aller anderen Zeitungen und Zeitschriften, die sozialistische oder kommunistische Ziele verfolgen, wird im rechtsrheinischen Bayern verboten.

In zweifelhaften Fällen entscheidet die Polizeibehörde, ob eine Zeitung oder Zeitschrift unter das Verbot fällt. Hierfür zuständig sind in München und in Nürnberg-Fürth die Polizeidirektionen, in den übrigen unmittelbaren Städten die Stadtkommissare und sonst die Bezirkspolizeibehörden. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde an die Kreisregierung, K. d. J., zulässig, die keine aufschiebende Wirkung hat. Deren Entscheidung ist endgültig.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Gegenstände, die bei Begehung der strafbaren Handlung verwendet wurden, dazu bestimmt waren oder durch die strafbare Handlung hergestellt wurden, können eingezogen werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

München, den 11. November 1923.

Der Generalstaatskommissar: gez. Dr. v. Kahr.

Dazu schreibt der „Vorwärts":

„Es fehlt nur noch die Anordnung, daß jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei für seine Mitgliedschaft mit Zuchthaus bestraft und jeder Führer erschossen wird. Dann ist das Ideal des Kahrschen Zukunftsstaates erfüllt. Es ist eine Schande für Deutschland, daß dieser Staatsverbrecher von der Reichsregierung geduldet wird, die offenbar nicht die geringsten Anstalten trifft, ihre Machtmittel gegen den Hochverräter Kahr anzuwenden."

Das sind ganz andere Töne, als die, die der „Vorwärts" anschlug, als seine Parteigenossen noch in der Regierung saßen. Da hörte man wohl ab und zu etwas von Bayern, aber die Koalitionsregierung tat nichts gegen Bayern. Kahr kam in Bayern zur Macht, als der Sozialdemokrat Hoffmann die revolutionäre Bewegung niederschlug und das Todesurteil gegen Eugen Levine unterschrieb. Daß heute Kahr Staatsverbrechen über Staatsverbrechen häufen kann, daß Kahr heute die Kommunistische Partei und die sozialdemokratische Presse verbieten kann, ist Schuld der MSPD. und des „Vorwärts". Wir haben den Sozialdemokraten oft genug gesagt, daß sie, auch wenn sie noch so großen Verrat an der Arbeiterschaft begehen, das Schicksal der KPD. teilen werden.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fürchten die Abrechnung

Sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaftsangestellte haben, um den Mitgliederschwund in den Gewerkschaften aufzuhalten, um die Gewerkschaften zu retten, um die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu erhalten, eine Konferenz der Aktionsausschüsse des ganzen Reiches nach Weimar einberufen. Der Bundesvorstand des ADGB. ist dazu eingeladen worden. Was tut nun diese saubere oberste Leitung der Gewerkschaften? Sie weiß keine andere Antwort auf diesen aus ehrlichster Ueberzeugung getanen und von den Notwendigkeiten der Stunde diktierten Schritt als die alten Lügen: Die Kommunisten wollen die Gewerkschaften spalten. Daß aber gerade durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik und durch ihren Verrat in der sächsischen Frage sie die Mitglieder in Massen aus den Gewerkschaften treiben, das wissen diese Kapitalistenanhänger sehr wohl, verschweigen es aber wohlweislich und versuchen, die Schuld dafür den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Heute weiß jedes Kind, daß die Einheit der Gewerkschaften das Werk der Kommunisten ist und die Herren um Leipart herum sowie die Schulz und Kaspareck, die natürlich dieselbe Walze auflegen, wissen sehr gut, daß ihnen diesen Schwindel kein Mensch mehr glaubt. Deshalb versucht der Bundesvorstand in seinen „Bundes-Mitteilungen an die Ortsausschüsse des ADGB." den Nachweis zu bringen, daß er alles für die Arbeiter getan hat. Viel ist es allerdings nicht, was er aufweisen kann und so muß er denn die Wahrheit etwas auf den Kopf stellen. Dreist wird behauptet, daß der Bundesvorstand sich für die Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder eingesetzt hat. Stets hat er die Forderungen nach der Heranziehung der Besitzenden zu den Steuerlasten und ein eigenes Steuer-Programm aufgestellt. Der Bundes-Vorstand ist der Träger des Gedankens der wertbeständigen Zahlungsmittel. Stimmt, aber nur mit dem Maul. Daß diese Forderungen nicht durchgeführt worden sind, daran sind nicht die Führer des ADGB. schuld, sondern der Reichstag. „Sind wir für die Zusammensetzung des Reichstages und für die Beschlüsse seiner Mehrheit verantwortlich? Hat nicht die Masse der arbeitenden Bevölkerung den Ausschlag bei der Wahl gegeben?" so sagt demagogisch der Bundesvorstand. Jawohl, diese Judasse sind verantwortlich für die Entscheidungen dieses Reichstages. Oft genug ist diese Auflösung des Reichstages gefordert worden, in Situationen, die für die Arbeiterschaft äußerst günstig waren. Jedesmal aber haben sich Sozialdemokratie und ADGB. gegen die Auflösung des Reichstages gestellt. Sie haben diesen Reichstag oft genug gerettet.

Das Verhalten des Bundesvorstands ist von der gleichen Furcht vor der Abrechnung diktiert. Er steckt sich hinter das Statut. Hätte er selbst eine derartige Konferenz einberufen, deren Abhaltung schon lange ein dringendes Gebot war, dann hätten es die mit den Gewerkschaften ernst meinenden Gewerkschafter nicht die Weimarer Konferenz einberufen brauchen. Die Politik des ADGB. bedarf dringend einer Aenderung, das muß selbst das „Volksblatt" zugeben. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden trotz aller Sabotage der reformistischen Arbeitsgemeinschafter für die Beschickung der Weimarer Konferenz Sorge tragen und durch die Weimarer Konferenz den Kampf gegen diese Sorte Führer, die jeden Versuch, die Gewerkschaften zu retten, sabotieren, die Arbeiter wehrlos machen, mit aller Kraft aufnehmen.

Um die Rückkehr des Kronprinzen. Die Botschafterkonferenz verhandelte gestern über die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen und die Frage der Militärkontrolle in Deutschland.

Die Konsumvereine vor der Katastrophe

I.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung befindet sich in einer außerordentlich schweren Situation. In der neuesten Nummer der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" teilt Heinrich Kaufmann folgendes mit:

„Täglich erhält die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg die Mitteilung von kleineren Konsumgenossenschaften, daß sie aus Mangel an Mitteln ihre Verteilungsstellen schließen müssen und ihren Geschäftsbetrieb eingestellt haben."

Die Zentralinstanzen der Genossenschaftsbewegung haben errechnet, daß bei 858 kleineren Konsumgenossenschaften, das sind 66 Prozent der deutschen Konsumvereine,

das große Sterben begonnen hat.

Angesichts dieser Lage reift in Genossenschaftskreisen endlich die Erkenntnis, daß die bisherige reformistische und opportunistische Genossenschaftsgeschäftspolitik alles unterlassen hat, was zur rechten Zeit einen Rettungsweg bedeutet hätte. Mit Schrecken erkennt man, welche ungeheuerlichen Folgen der Kommunistenhetze zu verdanken sind, weil die zur rechten Zeit erfolgten kommunistischen Vorschläge und Anträge verhindert hätten, daß die Genossenschaften in dem kapitalistischen Tohuwabohu untergehen.

Jetzt ist eine breite Oppositionsbewegung entstanden, indem 22 Konsumvereine einen Aufruf an die gesamte Genossenschaftswelt gerichtet haben, in dem sie den Hamburger Instanzen die Gefolgschaft versagen und konkrete Vorschläge machen, wie die Genossenschaften zu einem wirksamen Faktor des Ernährungskampfes werden können. Dem Aufruf haben sich weitere zahlreiche Genossenschaften angeschlossen und ein vorbereitender Ausschuß hat den

Mitteldeutschen Ernährungskongreß
zum Sonntag, dem 2. Dezember, nach Weißenfels

einberufen.

Genossenschafter, wem es ernst ist mit der Rettung der Genossenschaftsbewegung, der muß helfen, den Weißenfelser Kongreß gründlich vorzubereiten. Genossenschaftsmitglieder! Nehmt zu dem Kongreß Stellung und bestimmt Eure Delegierten. Alles nähere über den Kongreß ist vom Konsumverein Weißenfels zu erfahren sowie im „Kommunistischen Genossenschafter" vom 17. November erschienen.

II.

Die Genossenschaftsinstanzen gegen den Ernährungskongreß

Der Aufruf der 22 Konsumvereine für einen Ernährungskongreß (der am 2. Dezember in Weißenfels stattfindet) hat innerhalb der Genossenschaftsbewegung, vor allem auch bei nichtkommunistischen Genossenschaftern, lebhafte Zustimmung gefunden. Selbstverständlich wenden sich die Genossenschaftsinstanzen gegen den Kongreß, wie folgendes Schreiben zeigt:

Hamburg, 11. Oktober 1923.

An den
Konsumverein für Weißenfels-Naumburg und Umgegend
e. G. m. b. H.,
Weißenfels.

Den Empfang Ihres gefl. Schreibens vom 6. Oktober nebst Anlagen bestätigen wir dankend. Die Anlage stellt einen Aufruf an die deutschen Konsumgenossenschafter dar. Aufrufe, die in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" veröffentlicht werden sollen, bedürfen der Zustimmung mindestens des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der geschäftsführende Vorstand ist zu seinem Bedauern nicht in der Lage, die Mitverantwortung für den Aufruf zu übernehmen. Er hat daher beschlossen, ihn der nächsten gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses zu unterbreiten.

Mit genossenschaftlichem Gruß

Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Der Vorstand: gez. Heinrich Kaufmann.

Wir werden morgen mit der Veröffentlichung einer Reihe Antworten beginnen, die ganz anders lauten. Sie kommen von Konsumvereinen, die keine kommunistischen Verwaltungen haben und sind ein Verzweiflungsruf über die katastrophale Lage und ein Unwille über die untätigen und unfähigen Instanzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231116-11/fragment/page=0002

Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte in Anhalt

Dessau, 16. November.

Wie man hört, wird die anhaltische Regierung in diesen Tagen eine Verfügung herausbringen, durch die die Dienststundenzahl der Beamten erhöht wird. Es ist danach vorgesehen, daß vorläufig die mittleren Beamten wöchentlich drei, die höheren Beamten wöchentlich zwei Dienststunden mehr als bisher haben sollen.

*

Die anhaltische Regierung besteht in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten. Und diese Regierung bewährt sich wiederum als Schrittmacher des Faszismus. Bekanntlich soll durch das Arbeitszeitgesetz der Zwölfstundentag eingeführt werden. Noch bevor diese Regelung getroffen ist, beeilt sich die anhaltische Regierung, von sich aus eine Verlängerung der Arbeitszeit zu verfügen. Bei den Beamten beginnt man weil man ihre Kampfkraft für am schwächsten hält. Also sollen die mittleren Beamten drei Dienststunden und die höheren zwei Dienststunden mehr leisten.

An der Kampfkraft der Beamtenschaft liegt es, gemeinsam mit den Arbeitern die Pläne der Regierung zuschanden werden zu lassen.

Wenn der Reichstag zusammentritt ....

Wenn sich ein gegenrevolutionärer Anschlag von Staats wegen vorbereitet, dann läßt sich der Reichstag stets gehorsam nach Hause schicken. Mit dem Ermächtigungsgesetz hatte er sich die seidene Schnur, die ihm von der Großen Koalition überreicht wurde, selbst um den Hals gelegt.

Wenn der Deutsche Reichstag wieder zusammentritt, dann kann man gewiß sein, daß die Reaktion auf ihrem Vormarsch wieder eine Etappe fest in der Hand hat.

Die Errichtung der Militärdiktatur, die Knebelung der Arbeiterklasse, die Aushungerung der breiten Massen, der Hinauswurf der Beamten, der Lohnbetrug und Papiergeldschwindel, die im Verein mit dem neuen Reichsinnenminister besonders von der faszistischen Großindustrie betriebenen Loslösungsbestrebungen von Rhein, Ruhr und Pfalz, die Uebertragung des bayrischen Systems auf das ganze Reich, die militärische Abwürgung jeglichen Streiks und die Verhaftung der Arbeiterführer — alles das sind vollzogene Tatsachen, auf die nun die Einberufung des Reichstags folgen wird.

Die Sozialdemokratie tut sich etwas zugute darauf, daß sie die Einberufung des Reichstags fordert. Es soll so aussehen, als ob etwas geschieht.

Der Reichstag hat sich selbst das Genick gebrochen. Er existiert nur noch von Seeckts und der Militärdiktatur Gnaden. Er kann, wie die Landesparlamente, von jedem Reichswehrleutnant verboten und auseinandergetrieben werden. Auf diese Schwabbude mit ihren Strohmännern, die nur die Kulisse für jegliche Gewalttat von rechts bilden sollen, hört und sieht überhaupt kein Mensch mehr.

Die Verfassung ist tot. Der Reichstag ist tot. Beide können höchstens noch ein Scheinleben führen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einige nichtssagende Interpellationen eingebracht, die lediglich Finanzmaßnahmen betreffen. Die Sozialdemokraten tun so naiv, als ob von Stresemann und seiner völlig nach rechts orientierten Regierung gar noch Maßnahmen oder Verhaftungen gegen die Hochverräter Ehrhardt, Roßbach, Kahr usw. zu erwarten seien. Der „Vorwärts" nennt den Fall Stresemann nur ein Zwischenspiel und vermißt für Bayern, nach dem Verbot der sozialdemokratischen Presse, nur noch die Anordnung, daß jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei für seine Mitgliedschaft mit Zuchthaus bestraft und jeder Führer erschossen wird. Dann sei das Ideal des Kahrschen Zukunftsstaates erfüllt. Daß dieses Ideal gegen die Kommunistische Partei in Bayern tatsächlich bereits erfüllt sei, dagegen hat der „Vorwärts" in seinem Kommunistenhaß natürlich nichts einzuwenden.

Der „Vorwärts" will mit der bevorstehenden Reichstagstagung den Massen wieder einmal Sand in die Augen streuen. Er ist allenfalls für eine neue Regierungsbildung zu haben, aber er fürchtet die Auflösung des Reichstages und den Wahlkampf, der die Sozialdemokratie hinschwinden lassen würde, wie den Schnee in der Sonne. Die revolutionäre Arbeiterklasse hat an einem neuen Reichstag ebensowenig Interesse, wie an dem alten. Die demokratische Verfassung ist erledigt. Gegen die Militärdiktatur hilft nur die Linksdiktatur. Arbeiterräte als proletarische Kampforgane können allein die Militärdiktatur niederkämpfen.

Jenseits von Demokratie und Parlamentarismus wird die Diktatur des Proletariats die Lösung bringen!

Eine Erklärung der Kommunisten zur Rheinlandfrage

Bei den Debatten im Rheinischen Provinziallandtage in Barmen gab die Kommunistische Fraktion am 8. November eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

In Bayern, wie im Westen, ist das Bürgertum der Träger der Loslösungstendenzen, während die marxistische Arbeiterschaft überall das stärkste Bollwerk der Einheit Deutschlands ist. Im Westen ist das rheinisch-westfälische Schwer- und Finanzkapital entschlossen, nachdem es den deutschen Staat bis zum letzten ausgesogen hat, sich und seine Sachwerte vor der herannahenden sozialen Revolution in Deutschland unter den Schutz der französischen Bajonette zu retten. Es fordert die Zerschlagung des Reiches, um seine Profite zu retten. Diese westliche Orientierung der rheinisch-westfälischen Bourgeoisie arbeitet dem französischen Imperialismus in die Hände, der das Rhein- und Ruhrgebiet wirtschaftlich, militärisch und politisch beherrschen will, um dadurch Frankreichs Bourgeoisie in jeder Hinsicht zum herrschenden Faktor in Europa zu machen. Damit will das verbündete französisch-deutsche Kapital an Rhein und Ruhr die kommende proletarische Revolution erdrosseln.

Die Politik des rheinisch-westfälischen Schwerkapitals und die kurzsichtige, ebenfalls nur vom kapitalistischen Interesse geleitete Politik der Reichsregierung hat im Rheinland dem Separatismus den Boden bereitet. Bis vor kurzem noch eine einflußlose Sekte, ist der faszistische Separatismus durch das brutale Verhalten der Konterrevolution, durch die katastrophale Politik des Ruhrkrieges und seine Beendigung, natürlich auch durch die mehr oder weniger offene Unterstützung der Besatzungsbehörden, ein ernster Faktor geworden, da zu ihm weite Kreise des Bürgertums, des Mittelstandes, der Bauern, ja auch verzweifelte Arbeiterelemente gestoßen sind. Weite Gebiete des Rheinlands hat er mit seinen bewaffneten Truppen besetzt.

Weit gefährlicher noch als diese Bewegung ist aber die Tatsache, daß unter dem Einfluß der rheinischen Schwerindustrie und Großfinanz, Stinnes, Hagen, Wolff, der Gedanke der Loslösung in den breitesten Kreisen des rheinischen Bürgertums und seiner Parteien und Presse immer mehr an Boden gewinnt.

Angesichts der schwankenden unklaren Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage macht die Kommunistische Partei die gesamte rheinisch-westfälische Arbeiterschaft auf die große Gefahr dieses legalen Separatismus aufmerksam. Die geforderte Loslösung von Preußen und die Schaffung eines eigenen Bundesstaates im Rahmen des Reichs ist nur der erste verhüllte Schritt zur völligen Loslösung von Deutschland. Auch die Schaffung der rheinischen Goldnotenbank soll durch die Errichtung einer eigenen Währung dieser Loslösung dienen. Die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft ist in ihrem Befreiungskampf gegen das kapitalistische Mordsystem auf Gedeih und Verderb mit den kämpfenden deutschen Arbeiterklasse verbunden.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten am Rhein und an der Ruhr werden in dem der deutschen Arbeiterschaft aufgezwungenen Abwehrkampfe gegen Kapitalsoffensive, Konterrevolution und Faszismus Schulter an Schulter mit dem gesamten deutschen Proletariat stehen. Sie werden sich durch keinerlei Schranken und Grenzen von ihren kämpfenden Brüdern trennen lassen. Auch die Befreiungsstunde der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft wird nur in gemeinsamem Kampfe mit der deutschen Arbeiterschaft schlagen. In diesem entscheidenden Ringen wird das deutsche Proletariat, im Bunde mit dem russischen, dem internationalen Proletariat, die kapitalistische Herrschaft niederringen. Die Kommunistische Partei erhebt darum gegen jede Loslösungsbestrebung den allerschärfsten Protest und ruft die gesamte Arbeiterschaft des Rheinlandes zum Kampf gegen jeden Separatismus auf.

„Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr tötet nicht den Geist"

Die Abwehrkämpfe der Aktions- und Kontrollausschüsse

Der Kölner Aktionsausschuß hat sofort nach Bekanntwerden des Hitler-Putsches eine Sitzung einberufen und darüber beraten, was von seiten der Arbeiterschaft zur Abwehr getan werden müsse. Der Aktionsausschuß sandte sofort eine Delegation an den ADGB., AfA. und die SPD., um diese zu befragen, ob sie bereit sind, in dem Kampf gegen die faszistische Reaktion die Waffe des Generalstreiks zum Schutz der bedrohten Arbeiterklasse anzuwenden. Ein Aufruf, der von der KPD., Bezirk Mittelrhein, USPD.-Köln, Union der Hand- und Kopfarbeiter, Bezirksausschuß der Betriebsräte, Fünfzehner-Ausschuß, Kommunistische Jugend, Bezirk Mittelrhein, Bekleidungsarbeiterverband, Zentralverband der Heizer und Maschinisten, Reichsverband für Volksrecht, Mieterverein, RGBUA., Sattler und Polsterer, Opposition der DGB., Beamtenkartell der KPD., Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Arbeiterportkartell und dem Verband der Gasthausangestellten unterzeichnet war, fordert von dem ADGB., der AfA. und der SPD., sich sofort zu erklären, ob sie bereit sind, zur Bildung bewaffneter proletarischer Abwehrorganisationen und Erklärung des Generalstreiks.

Die genannten Verbände führen ihren Kampf für die Einheitsfront und die Hinzuziehung aller Gewerkschaftsverbände zum Kampfe fort.

*

Der Kontrollausschuß in Oppau hat im Anschluß an eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung bekanntgegeben, daß die Gemeindeverwaltung den Kontrollausschuß mit Ausweisen versehen und zur Beschlagnahme von Lebensmitteln und Festsetzung von Preisen ermächtigt hat. Die Einwohnerschaft von Oppau bringt dem Kontrollausschuß große Sympathien entgegen, da er schon mehrere Male Lebensmittel beschlagnahmen und zu billigen Preisen an die Bevölkerung abgeben konnte.

100 Millionen Rentenmark nach dem Ruhrgebiet

Berlin, 16. November.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von dem Gesamtkredit, der dem Reich in Höhe von 900 Millionen Mark von der Rentenbank zur Verfügung gestellt wurde, einen Betrag im Werte von 100 Millionen Rentenmark für die Fortsetzung der Reichszuschüsse an die besetzten Gebiete, insbesondere die Erwerbslosenunterstützungen, bereitzustellen.

Die Erwerbslosenunterstützung ist genau so ein Vorwand wie die Lohnzahlungen während des Ruhrkrieges ein Vorwand waren, die zur ungeheuren Bereicherung der Unternehmer führte.

Zur Ausgabe der Rentenmark

wird uns aus unserem Leserkreise geschrieben:

Angesichts der ungeheuren Geldentwertung ist das Verlangen im Volk nach einem wertbeständigen Gelde immer größer geworden. Nach langen, oft vergeblichen Beratungen von sogenannten Sachverständigen hat sich die Regierung endlich entschlossen, ein wertbeständiges Geld herauszugeben. Die Währungsreform sieht eine Doppel- oder Parallelwährung, die Rentenmarkwährung, vor, die die Ueberleitung zur Goldwährung bilden soll. Da die Schaffung der neuen Parallelwährung nicht über Nacht möglich ist, hat man eine Zwischenlösung vorgenommen und Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen des Reiches, die wertbeständig sein sollen, in den Verkehr gebracht.

Nun ist es unerfindlich, daß man, wenn es überhaupt möglich ist, auf so einfache Weise wertbeständiges Papiergeld zu schaffen, nicht früher darauf gekommen ist, solches wertbeständiges Geld, und zwar nur wertbeständiges Geld in seiner Gesamtheit zu drucken. Mußte erst die Notenpresse von Helfferich und Havenstein, anstatt der Steuerpresse, in Betrieb gesetzt, die auf 22 Millionen Sparkassenbüchern verteilten 18 Milliarden Goldmark Sparguthaben, die Mündelgelder der Witwen und Waisen, die Hypotheken der Gläubiger, die Obligationen, Kriegsanleihe usw. zu Gunsten der Sachwertbesitzer in ein Nichts verwandelt werden? Und glaubt man jetzt ohne vorherige Balancierung des Reichshaushalts einfach eine Währungsreform durchführen und ein wertbeständiges Geld schaffen zu können?

Unter dem Ausdruck „Wertbeständiges Geld" versteht man die feste Kaufkraft des Geldes; endlich ein Ende mi tder Teuerung, auskommen können mit dem kargen Lohn, ja, wieder die sogenannten „goldenen Zustände" vor dem Kriege erreichen zu können.

Machen wir uns die Wirkung des wertbeständigen Geldes (z. B. Leuna-Geld) auf die Preisgestaltung der Waren, denn darauf kommt es doch überhaupt an, klar! Solange die Arbeiter ihr Geld zu Hause im Kasten haben, bleibt der Wert derselbe. Sobald sie aber mit diesem wertbeständigen Geld voll froher Erwartung auf den Markt und in die Läden gehen, um zu kaufen, so wirkt die nun kaufende Geldmenge als Nachfrage genau so preissteigernd wie die Vermehrung des alten Papiergeldes, also als Inflation, und die Besitzer der Gold- und Dollarschätze werden merken, daß die Kaufkraft ihres wertbeständigen Geldes abgenommen hat. Die Kaufkraft des Geldes wird durch die kaufende Geldmenge und die Umlaufgeschwindigkeit bestimmt, das heißt, durch die Eile, mit der der Geldbesitzer sein Geld gegen Waren, auf die allein es ihm ankommt, eintauschen will. Nun kommen aber nicht bloß die wenigen Geldpfennige aus den wertbeständigen Löhnen der Arbeitnehmer in den Verkehr, sondern es sind für 300 Millionen Goldmark an Goldanleihe in den Verkehr gebracht und als Geld verwandt worden. Diese 300 Millionen Goldmark sind bei einem künstlich niedrig gehaltenen Dollarstande von 630 Milliarden = 45 Trillionen Papiermark. Und das soll keine Inflation der umlaufenden Papiergeldmenge bedeuten?

Wer aber Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld spart, wird alsbald genau so um die Kaufkraft seines Geldes betrogen sein, wie mit den Havensteinschen Reichsbanknoten. Entweder nehmen die Händler die Goldanleihe nur zu einem niedrigeren Kurse an, als er nach dem Dollar zu berechnen wäre, oder, was wahrscheinlicher ist, die Händle rsetzen den Grundpreis fortgesetzt entsprechend herauf, womit man übrigens längst begonnen hat, zumal die Dollarnotierung einen Zwangskurs darstellt. Also kann von Wertbeständigkeit nicht mehr die Rede sein. Das Wesentlichste der Währung ist eben einzig und allein die Verwaltung des Geldes. Diese muß so sein, daß das Verhältnis des umlaufenden Geldes zu den angebotenen Waren immer das gleiche bleibt. Und der Weg dazu geht über die Balancierung des Reichshaushalts, der ohne die Erfüllung der Sachwerte nicht möglich ist.

Albert Lindenberg.

Abbau des bayrisch-thüringischen Grenzschutzes

Weimar, 16. November.

Der Abbau des Grenzschutzes an der bayrisch-thüringischen Grenze macht weitere Fortschritte. Nach Mitteilungen aus München hat das dortige Landespolizeiamt entsprechende Anordnungen gegeben. Auch die Zuziehjung der Grenzpolizei durch die thüringische Landespolizei ist vor wenigen Tagen angeordnet und bereits durchgeführt worden. Diese beiderseitigen Maßnahmen werden zweifellos zur allgemeinen Beruhigung in den angrenzenden Ländern dienen und vor allem die Wiederkehr ähnlicher Zwischenfälle wie in Streufdorf meiden, wobei ein Mitglied der thüringischen Landespolizei ums Leben kam.

Gewerkschaftsbewegung

Die Beamten-Spitzenkörperschaften beim Reichskanzler

Berlin, 16. November.

Auf Veranlassung der Beamten-Spitzenorganisationen fand gestern ein Empfang der Vertreter des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des Verbandes deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, des Gewerkschaftsringes und des Reichsbundes der höheren Beamten durch den Reichskanzler statt. Der Sprecher der Organisationen wendete sich gegen ein weiteres Absenken des Realeinkommens, wünschte grundsätzlich Aufrechterhaltung des Achtstundentages und sprach sich gegen die durch die Personalabbauverordnung eingetretene Beschränkung der Rechte der Beamtenschaft aus. Insbesondere wies er auch auf die Frage des Beamtenrätegesetzes hin. Der Reichskanzler äußerte sich ausführlich über die politische Gesamtlage und erklärte, die Reichsregierung werde an den Grundlagen des Berufsbeamtentums nicht rütteln lassen, das er als unbedingt notwendig für den Zusammenbau des Deutschen Reiches bezeichnete. Er rechtfertigte die getroffenen Regierungsmaßnahmen mit der trostlosen Finanzlage des Reiches. Die Beamtenorganisationen werden nunmehr zu der durch den Verlauf der Besprechung geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Die Metallarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab

Auf Grund der nach Fällung des Schiedsspruches bekannt gewordenen weiteren gewaltigen Markentwertung und der damit einsetzenden Preissteigerung hat die Bezirksleitung des DMVB. den Schiedsspruch abgelehnt und die mSchlichtungsausschuß sowie dem Verband der Mitteldeutschen Metallindustriellen hiervon Bescheid zugehen lassen und letzteren um sofortige Verhandlungen ersucht zwecks Festsetzung eines Lohnes auf wertbeständiger Grundlage. Die durch den Schiedsspruch festgelegten Abschlagszahlungen werden hiervon nicht berührt.

Vom Tage

Todesurteile. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht in Hamburg auf Grund des Spruchs der Geschworenen den Händler Büttner wegen Ermordung und Beraubung der Eheleute Rögener in der Preystraße zum Tode. — Gestern früh wurde im Hofe des Männerzuchthauses in Karlsruhe der 22 Jahre alte ledige Tagelöhner Geiger hingerichtet. Er hatte den Steinhauer Herrmann im Felde überfallen, ihn erschlagen und den Toten seiner Barschaft und eines Teiles seiner Kleider beraubt. Der Umstand, daß die Tat mit besonderer Brutalität verübt wurde, ließ das Staatsministerium auf die Begnadigung verzichten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231116-11/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Lohnabkommen im Baugewerbe für Sachsen-Anhalt

Das Ergebnis der Verhandlung am Donnerstag, dem 15. November, ist folgendes Lohnabkommen:

1. Der Spitzenlohn für die Woche vom 10. bis 16. November **pro Stunde 185 Milliarden.** Dieser Lohn ist am Dienstag, dem 20. November, voll zur Auszahlung zu bringen. Abrundung erfolgt auf ganze Milliarden und zwar unter 500 Millionen nach unten, über 500 nach oben.

2. Die Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber weist ihre Mitglieder an, am Freitag, dem 16. November, einen A b s c h l a g von 32 Stunden à 185 Milliarden (Spitzenlohn) zu zahlen, wenn technische Schwierigkeiten nicht entgegenstehen.

Es betragen demnach für die im Baufach befindlichen Arbeiterkategorien in obengenannter Woche die L ö h n e für

Lohnklasse	I	II	III	IV	
Maurer	185	181	172	163	Milliarden.
Bauhilfsarbeiter	178	174	165	156	„
Zimmerer	185	181	172	163	„
Tiefbauarbeiter	170	167	158	150	„

Die übrigen hier nicht aufgeführte Kategorien werden nach dem Tarifvertrag berechnet.

„Es ist tief bedauerlich . . .“

Aus Magdeburg wird uns berichtet:

Am Montag, dem 12. d. M. mußten sich die Beamten der Schutzpolizei auf den Schroteplatz versammeln, um eine A n s p r a c h e des O b e r p r ä s i d e n t e n H ö r s i n g entgegenzunehmen. Ungefähr 750 Beamte waren zur Stelle. Major Thiele und Oberst Kühn defilierten die Front entlang. Auch Polizeipräsident Krüger war anwesend. Erst um 11 Uhr erschien der Oberpräsident Hörsing. Zunächst ein Abschreiten der Front und ein gnädiges Kopfnicken nach allen Seiten. Sodann ließ der Herr Oberpräsident folgende Rede vom Stapel:

„Meine Herren!

Es ist tief bedauerlich, daß im Offizierkorps und unter den Beamten der Schutzpolizei in Magdeburg die irrige Ansicht verbreitet wird, daß durch die in der letzten Zeit erfolgten Neueinstellungen zum Ausdruck gebracht werden solle, daß die Regierung der Schutzpolizei ein Mißtrauen entgegenbringe. Meine Herren, nichts von alledem! Im Gegenteil, diese neugeschaffenen Hundertschaften sollen und können mit gleicher Kameradschaftlichkeit behandelt werden und Sie können sich darauf verlassen daß nicht das geringste Mißtrauen gegen Sie vorliegt. Da in den Regierungsbezirken Magdeburg und Erfurt sehr viele Fehlstellen zu verzeichnen sind, werden diese mit der Zeit durch die neueingestellten Leute aufgefüllt werden. Es freut mich, daß die Schutzpolizei treu zur Republik hält; Sie haben sich, der neuen Zeit Rechnung tragend, den gegebenen Verhältnissen angepaßt. Dies zum Ausdruck zu bringen, habe ich Sie hierhergerufen. Ich danke Ihnen, meine Herren!“

Die versammelten Beamten konnten nunmehr abtreten. Doch n i e m a n d w u ß t e, z u w e l c h e m Z w e c k e e i g e n t l i c h d i e s e Z u s a m m e n b e r u f u n g g e s c h a h.

Die Erwerbslosen demonstrieren

Nachdem die Stadt Dessau es abgelehnt hatte, am vergangenen Sonnabend den Arbeitslosen die Erwerbslosenunterstützung zu zahlen, trotzdem der Arbeitslosenrat mehrmals verhandelt hatte und auch bei der Regierung des Freistaates Anhalt vorstellig geworden war, zogen Tausende von hungernden Männern und Frauen durch das Innere der Stadt, alle beseelt von dem Gedanken: „Wie schaffen wir Brot ins Haus?“ Vom Hunger getrieben gingen die Erwerbslosen in die Lebensmittelgeschäfte und baten dort um Brot und Lebensmittel. Die Geschäftsinhaber händigten den Erwerbslosen auch Brot, Margarine, Käse usw. aus. Trotzdem überall die Ruhe aufrechterhalten blieb, sandte die sozialdemokratische Regierung grüne und blaue Polizei, um anscheinend die Hungernden mit Säbelhieben zu sättigen. Jedoch die Arbeitslosen verhielten sich außerordentlich ruhig, so daß die Polizei ohne eingreifen zu können wieder abziehen mußte.

Das Heer der Arbeitslosen wird von Tag zu Tag größer. Auch diejenigen, die heute noch arbeiten, können morgen auf der Straße liegen. Darum muß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf der Arbeitslosen um die Verbesserung ihres traurigen Loses unterstützen.

„Rote Hilfe“

79. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge.

S a m m l u n g e n : Ein Eisenbahner, Querfurt, 5 000 000 Mk.; Arbeiter-Kegelklub „Gut Schub“, Bitterfeld, 2 217 000 000 Mk.; Ungenannt, Ammendorf, 477 000 Mk.; Ortsgruppe Falkenberg 250 000 000 Mk.; Genosse Menzel, Halle, Körnerstraße, 1 000 000 000 Mark; Genosse Schlegel, Halle, Körnerstraße, 1 165 000 Mk.: Ungen., Merseburg 50 000 000 Mk.; Ungen., Halle, 981 000 Mk.; Ungen., 236 000 000 Mk.; Ungen., Halle, 1 040 000 Mk.; Zehnerschaftsf., Papitz, 4 160 300 Mk.; Ungenannt, Halle, 100 000 000 Mk.; durch Genossen Kramer, Naumburg 59 000 000 Mk.; Ortsgruppe Dölau 7 100 000 Mark; Genosse G. Sch., Artern, 20 000 000 Mk.; Genosse G. Sch., Artern (f. 30 Tage Erwerbslosigkeit, 7jähriges Mitglied des Baugewerksbundes), 270 900 Mk.; Genosse W. Panse, Halle, 10 000 000 Mark; Genosse W. Panse, Halle, 6 284 000 000 Mk.; Genosse W. Krause, Döllnitz, 20 000 000 000 Mk.; 4 Genossen, Schkeuditz, 21 000 000 Mark; Fahnenweihe des Distrikts 7a, Halle, 53 430 000 Mk.; Genosse Michael, Halle, 100 000 000 000 Mk.; Zehnerschaftsführer, Papitz, 795 640 000 Mk.; P. G., Halle, 5 000 000 000 Mk.; gesammelt durch Borelly, Halle, 1 115 630 000 Mk.; M. T., Ammendorf, 259 000 000 Mk.; Distrikt 4, Halle, 7 000 000 000 Mk.; gesammelt bei Silber, Schkeuditz, 2 250 000 000 Mk.; Ortsgruppe Eisleben 2 650 000 000 Mk.; Ortsgruppe Benndorf 75 100 000 Mk.; Revolutionsfeier, Jeßnitz, 123 662 000 000 Mk.; Belegschaft der Fa. Ambi, Merseburg (Kleingeld), 6 879 600 000 Mk.; Baustelle Stöbnitz durch Genossen Werner 10 500 000 000 Mk.; durch Genossen Buchel, Merseburg, 75 000 000 Mk.; durch Genossen Heder, Halle, 9 007 000 000 Mark; Ungenannt, Halle, 153 000 000 Mk.; Genosse W. Hönemann, Halle. 4 554 000 000 Mk.; Ortsgruppe Frankleben 1 020 000 000 Mk.; Genosse Paul Meye, Halle (Distrikt 20), 40 000 000 000 Mk.; Genosse Schellenbeck, Halle, 82 000 000 Mk.; Genosse Schoenlank 62 000 000 Mark; Arbeiter-Samariter-Kolonne, Eisleben. 123 531 000 000 Mk.; Ortsgruppe Eisleben, 50 000 000 000 Mk.; W. L., H. L., Halle, 476 000 000 Mk.; „Ambi“-Werk, Merseburg, 103 352 000 000 Mk.; Ortsgruppe Mücheln 2 028 000 000 Mk.; Ortsgruppe Radefeld 500 000 000 Mk.; **gesammelt am 9. November in der Singestunde** des Allgemeinen Sängerchors, Piesteritz, 36 103 000 000 Mk.; E. Z., Weißenfels, 2 000 000 000 Mk.

Zörbig. A u s d e m S t a d t p a r l a m e n t. In der am Dienstagabend stattgefundenen Stadtverordnetensitzung standen 36 Punkte auf der Tagesordnung. Zu Punkt 1 bis 28 wurde die Prüfung, Feststellung und Entlastung der Rechnungen der Kommunalkasse, sowie einer Anzahl von Stiftungen und Legate vorgenommen. Weiter lag ein Gesuch des Stadtverordneten Bönold vor, der aus Gesundheitsrücksichten ausscheidet. An dessen Stelle tritt der Werkmeister Weimar. Ferner wurde die Wahl eines Mitgliedes zum Wohfahrtsamt vorgenommen. Das bisherige Mitglied, Zimmermeister Elze, hat es nicht für notwendig gehalten, zu den Sitzungen des Wohlfahrtsamtes zu erscheinen. (Vielleicht hat er als Vorsitzender der DVF. viel Arbeit. D.B.) Gewählt wurde der Rittermühlenbesitzer Quilitzsch. Eine längere Debatte brachte das Gesuch der Leunaarbeiter betr. Zuschuß zu den Wochenkarten der Eisenbahnfahrt. Stadtverordneter Traege brachte einiges Zahlenmaterial vor, das allerdings keinen Ausgleich zwischen Verdienst und Fahrt darstellte. Er müßte doch als Arbeitgeber den Verdienst der ersten Novemberwoche gegenüber den Eisenbahnfahrpreisen auch wissen. Bürgermeister Weps meinte, man hätte bei der Regierung energisch gegen die ungeheure Steigerung der Bahnfahrt protestieren müssen. Ob es etwas genützt hätte, glaubt wohl der Herr Bürgermeister selbst nicht. Schließlich wurde man sich darüber schlüssig, einen Vorschuß zu zahlen und des weiteren auch beim Landrat Stammer und beim Arbeitsnachweis Bitterfeld einen entsprechenden Antrag anzubringen, da die Stadtkasse Zörbig nicht zahlungsfähig ist. Vielleicht wandert der Antrag dort in den Papierkorb. Ueber Stillegung der Fortbildungsschule kamen einige vom Fortbildungsschulleiter, Rektor Wilde, vorgelegte Rechnungen zur Verlesung, welche wegen Geldmangel in der Schulkasse anderweitig gedeckt werden müssen. Durch die vielfach eingetretene Arbeitslosigkeit der Schüler muß die Fortbildungsschule bis auf weiteres geschlossen bleiben. Ein Antrag des Gaswerks auf Gewährung einer größeren Beihilfe brachte die schlechte finanzielle Lage des Gaswerks zum Ausdruck, vielfach herbeigeführt durch die Säumigkeit der Zahlung der Abnehmer von Gas und die immer mehr steigende Geldentwertung und gewaltige Verteuerung der Gaskohle. Hier wurde ein Zuschuß nicht zugebilligt. Dann wurde die Erhöhung der Kommunalsteuern für Oktober-Dezember 1923 beschlossen. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde über die unentgeltliche Verteilung von Brennholz an die Erwerbslosen verhandelt, zugleich aber auch vom Stadtverordnetenvorsteher Ullrich das anderweitige Fällen von Bäumen bemängelt. Hier liegt die Frage offen: Was macht der angestellte Flurausseher Richter und warum wird keine Versteigerung von Brennholz vorgenommen? Wir glauben bestimmt, wenn letzteres geschieht, fällt jede Uebertretung fort, denn viele Familien sind nicht in der Lage, sich für den kommenden Winter mit genügendem Kohlenvorrat einzudecken.

Zörbig. A u s d e r P a r t e i. Wir weisen die Genossen daraufhin, daß unsere M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g am Sonnabend, dem 17. November, abends 8 Uhr, im „Dorotheenhof“ stattfindet. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung muß es sich ein jeder Genosse zur Pflicht machen, in dieser Versammlung zu erscheinen. — S e l b s t m o r d. Wegen anhaltender Krankheit machte die Witwe G r a e f e, hier, Leipziger Straße wohnhaft, ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Sie zog den Tod dem Krankenhause vor. Es ist dies der zweite Selbstmord in dieser Woche.

Weiche mit Henko die Wäsche ein! „Du sparst an Seife und Waschmittel und erleichterst Dir das Waschen
Henko Henkels Wasch- und Bleich-Soda bewährt seit einem halben Jahrhundert für Wäsche u. Hausputz
303

Zwei **Zeitungsträgerinnen für Greppin** sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen Niendorf, Greppin, Wolfener Straße.

KPD.-Versammlungen.

Ortsverein Halle

Ortsleitungssitzung nicht Freitag, sondern Sonnabend.

Alle in der Zuckerraffinerie beschäftigten Kommunisten treffen sich Sonnabend, 17. November, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“ zu einer **wichtigen Besprechung.**

Bekleidungsarbeiter. Sonnabend, 17. November, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“, Alter Markt: **Zusammenkunft.** Sehr wichtige Tagesordnung. Sympathisierende sind willkommen.

Halle-Saalkreis

Lettin. Sonnabend, 17. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Kamp: **Mitgliederversammlung.** Thema: „Die politische Lage.“ Referent: Gen. Rich. Richter, Halle.
Passendorf. Sonntag, 18. November, abends 7 Uhr, im Gasthof „Drei Lilien“: **Revolutionsfeier.** Referent: Genosse Paul Bowitzky, Passendorf.

Mansfelder Seekreis

Oberröblingen. Sonnabend, 17. November, abends 8 Uhr, im Lokal Böhm: **Betriebszellenkonferenz.** Referent: Genosse Taube, Halle.
Eisleben. Freitag, 16. November, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“: **Mitgliederversammlung.** Thema: „Faszismus und Proletariat.“ Ref.: Gen. Max Lademann.
Eisleben. Sonntag, 18. November, vormittags ½11 Uhr, im „Volkshaus“: **Betriebszellenkonferenz.** Referent: Genosse Taube, Halle.
Gerbstedt. Sonntag, 18. November, vormittags 9 Uhr, im Jugendheim: **Betriebszellenkonferenz.** Referent: Genosse Ferd. Menzel, Halle.

Mansfelder Gebirgskreis

Klostermansfeld. Sonntag, 18. November, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Kampf gegen Hunger und Faszismus.“ Ref.: Gen. Ferd. Menzel, Halle.

Kreis Bitterfeld

Zörbig. Sonnabend, 17. November, abends 8 Uhr, im „Dorotheenhof“: **Wichtige Mitgliederversammlung.**

Kreis Torgau

Torgau. Sonnabend, 17. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Schützenhaus“: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Kampf gegen Hunger und Faszismus.“ Referent: Genosse Karl Baumgärtel, Halle.
Dommitzsch. Sonntag, 18. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Konzerthalle“: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Kampf gegen Hunger und Faszismus.“ Referent: Genosse Karl Baumgärtel, Halle.

Kreis Liebenwerda

Liebenwerda. Sonntag, 18. November, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Kampf gegen Hunger und Faszismus.“ Referent: Genosse Fritz Kant.

Kreis Merseburg

Mücheln. Sonntag, 18. November, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Kampf gegen Hunger und Faszismus.“ Referent: Gen. Oertel, Halle.
Lützen. Sonntag, 18. November, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Kampf gegen Hunger und Faszismus.“ Referent: Genosse Otto Kilian, Halle, M. d. L.

Kreis Zeitz

Zeitz. Sonntag, 18. November, nachmittags 2½ Uhr, im Gasthaus Bobe, Gartenstraße: **Kreiszellenkonferenz;** 4½ Uhr: **Mitgliederversammlung.** Erscheinen aller Mitglieder und Betriebsvertrauensleute ist Pflicht.

Kreis Sangerhausen

Artern. Sonntag, 18. November, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Kampf gegen Hunger und Faszismus.“ Referent: Genosse Paul Merker, Berlin.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 19. November, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Verlängerung des Klinikvertrages. 2. Aufwertung einer Leibrente. 3. Erhöhung des Ausgleichszuschlages. 4. Aufhebung der Gutenbergstraße zwischen Lützener Straße und ehem. Thüringer Bahnhof. 5. Vergebung einer Baustelle in Erbbaurecht. 6.—8. Gesuche pp. 9. Antrag betr Straßenbahn.

Hierauf: Nichtöffentliche Sitzung.

Halle, den 16. November 1923.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
4226 Keil.

Allgem. Ortskrankenkasse Halle a. d. S.

Die Arbeitgeber von Dienstboten und sonstigen Hausbediensteten werden benachrichtigt daß sie die Krankenkassenbeiträge für ihre Beschäftigten unter Hinzurechnung der Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge für die Zeit vom 15. Oktober bis Ende November 1923 bis **25. November d. J. an die Kassengeschäftsstelle zu entrichten haben.** Zahlungen die nach diesem Zeitpunkte geleistet werden, sind nach der am Zahltage jeweils geltenden Reichsrichtzahl aufzuwerten Der bisher solchen Arbeitgebern erteilte Bescheid, daß die Beiträge von ihnen durch unsere Erheber abgeholt werden, wird dadurch hinfällig. Die Beiträge sind also an unserer Kassenstelle zu entrichten.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Auszahlung der Barleistungen an die Versicherten (Kranken-, Sterbe- und Wochengeld) nur noch am **Dienstag, Donnerstag** und **Sonnabend** erfolgt (Die Kassenstunden für Ein- und Auszahlungen sind von ½9—½1 Uhr festgesetzt. 4228

Halle a. d. S., den 15. November 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
K. Kleemann, Vorsitzender.

Unterstützt den „Klassenkampf“

Wittenberg.

Lichtspiel-Theater. Freitag bis Montag: **Harry in Liebesnöten.** Groteske in 2 Akten. Mit Stanley i. dunkelst. Afrika. 923
3. Spl: Menschenjagd. Gr. Abenteurerfilm in 6 Akten
2. Pl. 90, 1. Pl. 120, Ball. 150, Loge 180 Milliard.

Palast-Theater
Von Freitag, 16., bis Montag, 19. Nov. das große Weltstadtprogramm.
Der Mörder von Paris
Drama in 6 Akten.
In der Hauptrolle: **Ernst Pfeifer.**
Nattern. Detektiv-Drama in 5 Akten. 924
In der Hauptr. Andre Douglas als Detektiv.
Sonntag 18. Nov., nachm. ¼4 Uhr: Gr. Jugendvorstellung mit auserwählt. Programm.
Eintrittspreis 20 Milliarden.
Jeden Montag und Donnerstag für Erwerbslose halbe Preise.
Voranzeige! Ab Dienstag: Der Student von Prag mit Paul Wegener.
Beginn der Vorstellungen: Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet Die Direktion.

Kommunistische Literatur zuhaben bei **O. Meusel,** Juristenstraße 11

Preiswerte Gaskocher, Gasherde, Gas-Back- und -Bratöfen, Plätten und Beleuchtungskörper erstklassiger Fabrikate, neuester Konstruktionen, Glühlampen, Sicherungen, Elektromotoren u. alle sonstigen Stromverbrauchskörper in reichster Auswahl. Uebernahme und Ausführung von Installationen für Gas und Strom Licht- und Kraftanlagen. 920
Licht- u. Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H.
Ausstellungs- u. Verkaufsräume Hallesche Str. 30.
Die Besichtigung wird dringend empfohlen, kein Kaufzwang, fachmännische Beratung ohne Kosten.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **Metall-Kontor** Alice Abramowitz, Schmeerstr. 14, I (Kein Laden.) 293

Kabarett „Rakete“ Intimes Theater **Kl. Klausstraße 7.** Dir. W Schur. Bes.: J. Streicher. Eröffnung Sonabend, d. 17 Nov. 7½ Konzert, 8 Uhr Programmanfang. Das Kabarett ist vollkomm. renoviert. Vorverk. i. d. Rakete. Tel 6943 Alles Nähere s. Anschlag.

Stadt-Theater Sonnabend, abends 7½ Uhr: **Tannhäuser** Sonntag: [4225 **Madame Butterfly**

Frauenduschen, Doppelklisos, Spülmittel, Menstruationstropfen und -Tee. 730 **Ernst Gärtner** Eisleben, Breiter Weg 6

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.

F i l i a l e n : Halle a. d. S., Harz 42/44, Telephon 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Petristraße 8 Zeitz, Liebknechtstraße 4. Weißenfels, Dammstraße 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstraße 41. Bockwitz, Volkshaus. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle. Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstraße 4.

S c h l ü s s e l z a h l e n : **Bivä: Broschüren 30 Milliarden; Bücher 60 Milliarden. Börsenverein: 600 Milliarden.**

Partei-Literatur.

Kampflieder . . . **Wieder erschienen!**	1,— B.
Bürgerkrieg, Heft 4	—,20 B.
Frölich: Hochverräter Stinnes	—,40 B.
Schlageter: Eine Auseinandersetzung. 3. Auflage	—,40 B.
Hakenkreuz oder Sowjetstern?	—,30 B.
Die Rote Armee. Ein Sammelbuch	2,— B.
W. Antonow-Owsejenko: Der Aufbau der Roten Armee	—,50 B.
Was wollen die Kommunisten?	—,20 B.
Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution	—,20 B.
Aquila: Faszismus in Italien	1,20 B.
Elementarbücher des Kommunismus:	
Marx, Engels, Kommunistisches Manifest	—,90 B.
Marx: Lohn, Preis und Profit	—,90 B.
Marx: Lohnarbeit und Kapital	—,90 B.
Lassalle: Verfassungswesen	1,— B.
Trainin: Verband der Sozial. Sowjet-Republiken	1,20 B.
Resnikoff: Die Lage des russischen Arbeiters	—,30 B.
§ 218. Unter der Peitsche des Abtreibungsparagraphen	—,30 B.
Arbeiter-Wandkalender 1924 (Bücher)	3,— B.
Bauernkalender 1924	1,— B.
Iwanow: Farbige Winde	2,— B.
Kommunistische Internationale Nr. 27	2,— B.

Sowjetsterne, kleine, Stück 0,40 Goldmark
Bronzebroschen, Stück 0,40 Goldmark,
„ große, Stck. 0,60 Goldmark
} Nur gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme.

Die Rechnungen müssen zur gegebenen Frist bezahlt sein, sonst werden sie auf Grund der Schlüsselzahlen erhöht.

Jede Drucksache die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es **ist** das Prinzip der Firma, schnellstens, geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß **immer noch** der Geschäftswelt wie den Vereinen, die Veranstaltungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer **das beste Werbungsmittel**
Fernruf: Nr. 1045, 1047, 2251.

Fellhändler und Züchter!
Wir zahlen die höchsten Preise zum Tageskurse für **Ziegen-, Kanin-, Hasen-, Katzen- und Edelfelle** sowie alle Sorten **Häute und Schafwolle** bei sofortiger barer Kasse und guter Uebernahme. 4222
Beachtet: daß kleine Ziegen, Trockengewicht von 1 Pfd. an, als voll übernommen und bezahlt werden.
Rohstoffverwertungs-Gesellschaft
Telephon 1577 **Domplatz 9** Telephon 1577

Zuckerpreis
ab 15. November 1923:
1 Pfd. gem. Melis 0,50 Goldmark.
Vereinigte Nahrungsmittel-Händler.
Preisprüfungsstelle. Halle. 4223

Bei Sobel kauft man gut u. billig Glas, Porzellan, Emaillewaren. 4227

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231116-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, 16. November 1923.

Straßenbilder aus der Ebert-Republik

In der Straßenbahn.

Morgen. Zwei Herren im Gehpelz unterhalten sich über die Preise von Hasen und Rebhühnern: „450 Milliarden ist billig, bei P. hat meine Frau neulich schon 550 bezahlt.“ Ein Dritter kommt hinzu: „Ich bin noch ganz konfus; bis ½12 hat unsere „Versammlung“ gestern gedauert.“ „So, und nachher war's wohl noch 'ne schwere Sitzung?“ „Gar nicht geschlafen habe ich.“ Verständnisvolles Lachen geht über die breiten, gedunsenen und abstoßenden Züge. Der Dritte bricht auf: „Also nachher beim Frühstücken! Sherry, ganz trocken, wird mich dann schon wieder auf die Beine bringen!“ Die beiden anderen machen sich auch zum Aussteigen fertig: „Sehen wir uns morgen abend beim Kommerzienrat X.“ „Ja, was er diesmal wohl wieder raussteckеn wird; die getrüffelte Pastete neulich war doch großartig . . .“

*

Mittags. Eine alte Frau mit abgezehrten Zügen schleppt mühsam Kartoffeln in einem Netz. Die Bahn ist voll, Platz macht keiner. Rührend dankbar sieht sie mich an, daß sie sich setzen soll. Und fängt an zu erzählen: „Mein Mann war ja so schwer krank, und dann ich auch, wir haben fünf kleine Kinder. Nun ist er schon so lange arbeitslos, ich kann auch nichts verdienen, weil ich noch zu schwach bin, und was man kriegt, das langt doch nicht zu trocken Brot . . .“

*

Abends um 11 Uhr. Eine andere ältere Frau mit einem Korb herrlicher Blumen steigt bei der Haltestelle in der Nähe einer Bar ein. Wir kommen ins Gespräch. Ich: „Werden sich die schönen Blumen bis morgen halten?“ Sie: „Ach ja, ich hebe sie gut auf. Ich wär' ja heute auch noch nicht so früh nach Hause, denn jetzt beginnt's Geschäft erst, aber mir geht's heute so schlecht, ich muß mich mal legen. Wenn man von früh fünf an auf is, un auch nicht mehr die Jüngste.“ „Sind Sie denn ganz allein?“ „Ach nein, ich habe 'nen guten Sohn, aber der arbeitet nur noch drei Tage die Woche.“ Ich: „Ja, es fehlt wohl an Material und an Aufträgen.“ „Die haben ja so viel Aufträge und Betriebsstoff, nein, drücken wollen sie sich um die Lohnsteuer!“ Ihre Haltestelle kommt: „Wiedersehen! Ob's denn nicht bald anders wird!“

*

Ja, es könnte schon bald anders werden. Aber da sind noch so viele, morgens, mittags und abends, die gehen mit verbundenen Augen und verschlossenen Herzen umher, denken nur an ihr eigenes kleines Ich, hoffen und harren und fallen auf jeden Schwindel rein. Nun kommt bald das wertbeständige Geld, dann rechnen wir wieder mit Pfennigen, dann ist ja alles gut! So hörte ich vor einigen Tagen noch Frauen reden. Heute spricht man schon nicht mehr so viel vom wertbeständigen Geld, denn alle sehen bereits, daß der einzige Wert daran der beständige Schwindel ist.

Ein Brot über eine halbe Billion

Das Verhängnis schreitet schnell. Der Dollar ist seit vorgestern von 840 Milliarden auf rund 2½ Billionen gestiegen. Die Preise aller Waren haben sich diesem Dollarkurse sofort angepaßt, d. h. die Preise sind in den letzten beiden Tagen um das Vierfache erhöht worden. Der Multiplikator in der Textilbranche und im Kleinhandel lautete vorgestern noch 150 Milliarden, gestern morgen 390 und gestern nachmittag 600 Milliarden. Ein Brot kostet heute 560 Milliarden, ein Pfund Margarine gestern abend 520 Milliarden.

Die Preissteigerung an dem gestrigen Tage hat eine starke Erregung unter der arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen. Schamloser kann auch niemand mehr betrogen und ausgeraubt werden. Erst gestern ist der Index für die vergangene Woche festgestellt worden, nach dem der Hungerlohn für die Arbeiter berechnet wird. Was sollen sie sich dafür kaufen, da ja die Preise in den beiden letzten Tagen um mindestens das Vierfache gestiegen sind? Diese Preissteigerungen treten erst in dem Hungerindex der nächsten Woche wieder auf.

Arbeiter, duldet diesen frechen Betrug und diese schamlose Ausraubung nicht eine Stunde mehr. Vier Wochen herrscht die Säbeldiktatur der Weißen Generale bereits in Deutschland. Ihre ersten „Erfolge“ sind Verschärfung des Hungerelends. Fort mit diesem System, fort mit der Diktatur der Generale! Nur die Diktatur des Proletariats kann wieder Ordnung, kann wieder Brot und Arbeit schaffen!

Der Gaswucher des Magistrats

Die Goldrechnung der Beträge für elektrische Kraft, Gas und Wasser hatte bekanntlich dazu geführt, daß die betreffende Magistratsvorlage von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig abgelehnt wurde. Trotzdem hatte der Magistrat diese Methode der Berechnung doch durchgeführt. In der gestrigen Haushaltsausschußsitzung wurde diese Frage noch einmal besprochen. Der Magistrat verstand es diesmal ausgezeichnet, durch schöne Gesten das gesamte Bürgertum mitsamt den Sozialdemokraten davon zu überzeugen, daß er — wenn auch gegen den Willen der Stadtverordneten — doch richtig gehandelt hat. Es fehlte nur noch, daß die Stadtverordneten reumütig um Verzeihung gebeten hätten.

Ob die arbeitende Bevölkerung diese nach Goldmark berechneten Beträge zahlen kann, darum kümmert sich der Magistrat nicht. Die Vertreter des Magistrats machten geltend, daß trotz hoher Hundesteuer immer mehr Hunde gehalten werden; auch die Kinos seien trotz der Not der Zeit noch überfüllt. Wir können diesen Herren verraten, daß es sogar noch Mitmenschen gibt, die Wein- und Sektgelage veranstalten. Und dann die — hetzerische Presse. Sie berechnet selbst nach Goldpfennigen. Nur der Magistrat soll es nicht und wird darum von ihr angefeindet. — Aber derselbe Magistrat zahlt — wenn er selbst als Zahler in Frage kommt — auch nur mit entwertetem Gelde seine Rechnungen, die erst monatelang „geprüft“ werden müssen. Im übrigen erfuhr man bei Behandlung der Erhöhung des Ausgleichszuschlags noch, daß die städtischen Beamten und Arbeiter erstmalig „wertbeständiges Geld“ erhalten hätten, und zwar pro Nase — 42 Pfennig oder ein Zehntel Dollar. Nun können sie alle „Fettlebe“ machen. Nur die undankbaren Volksschullehrer scheinen nicht das richtige Verständnis für das fürstliche — Trinkgeld zu haben und haben, vorläufig wenigstens noch — die Annahme dieser 42 Pfg. verweigert.

Neue Löhne in der Metallindustrie

Aus dem Bureau des DMV. wird uns gemeldet:

Der hallische Schlichtungsausschuß hat am Donnerstag einen Schiedsspruch gefällt, nach dem der Lohn für den 23jährigen Facharbeiter auf 172 Milliarden Mk. ohne Wertigkeitszulage festgelegt ist. Ferner ist vereinbart, daß außer dem am Freitag, dem 16. November, zu leistende Vorschuß von 2, 4 Billionen Mark in der Spitze am Sonnabend, dem 17. November, der Vorschuß, der am Montag gezahlt werden soll, schon am Sonnabend in Höhe von 3 Billionen Mark in der Spitze zur Auszahlung kommt. Die weiteren Verhandlungen über den am Dienstag, dem 20. November, zu zahlenden Vorschuß finden am Sonnabendvormittag statt.

Der am kommenden Sonntag, dem 18. November, zu erhebende Beitrag in der 1. Klasse beträgt 160 Milliarden Mark. Jeder Kollege, der die höchste Vorschußzahlung erhält, ist verpflichtet, den Beitrag der 1. Klasse zu zahlen.

Die Diktatur des Proletariats

Die Kleinbauern und der städtische Mittelstand

Die Diktatur des Proletariats wird von vornherein zum Tode verurteilt sein, wenn sie nicht versteht, sich Stützpunkte auf dem flachen Lande zu schaffen. Nur so kann die drohende Lebensmittelkatastrophe vermieden werden. Schon heute ziehen die Großgrundbesitzer und Großbauern einen Hungergürtel um die Städte. Die bürgerliche Regierung wird nichts gegen sie tun. Nur wenn der Klassenkampf in das Dorf hineingetragen wird, kann der Widerstand der Großagrarier gebrochen werden. Gestützt auf die Werktätigen auf dem flachen Lande wird unter der Diktatur des Proletariats die Volksernährung gesichert.

Die werktätige Bevölkerung in der Landwirtschaft besteht aber in Deutschland nur zu einem Teil aus Landarbeitern, die als Lohnarbeiter ebenso zum Proletariat gehören, wie die Industriearbeiter. Ein anderer großer Teil sind Kleinbauern, Kleinpächter und ähnliche. Ohne ihre Unterstützung kann die Diktatur des Proletariats nicht gegen die dicken und fetten Großbauern und Großgrundbesitzer bestehen, ohne ihre Hilfe werden die Städte hungern müssen, wird die Hungerblockade Erfolg haben.

Der Kleinbauer ist kein Proletarier. Er bewirtschaftet sein Stück Land, das vielfach nicht für sein Auskommen reicht, selbständig. Er hat aber die gleichen Feinde wie der Arbeiter. Die Geldentwertung trifft ihn ebenso wie die Arbeiter. Mit dem kärglichen Ertrag seiner Ernte kann er bei den höchsten Preisen keine Geschäfte machen. Das meiste verbraucht er für den eigenen Unterhalt. Er kann keine Lebensmittel ins Ausland verschieben, wie der Großagrarier. Er verkauft unter den ungünstigsten Bedingungen an den Händler, der ihn regelmäßig übers Ohr haut. Er muß Werkzeuge und Dünger, Kleidung, Heizungs- und Beleuchtungsmittel zu teuren Preisen kaufen. Er spürt die Ausbeutung durch den Kapitalismus an den Wucherpreisen, die er bezahlen muß. Ebenso wie der Arbeiter kann er sich nicht so um das Steuerzahlen drücken, wie es die Kapitalisten und Großagrarier tun.

Die Großagrarier suchen ihn für ihre Interessen einzufangen, indem sie ihm „allgemeine Interessen der Landwirtschaft“ vorspiegeln. Das hindert sie nicht, den Kleinbauer unverschämt auszuwuchern. Sie ziehen mit dem Industriekapital politisch und wirtschaftlich an einem Strang. Sie nehmen dem Kleinbauern Wucherpreise für Zuchtvieh, Saatgut usw. ab. In den landwirtschaftlichen Verbänden und Organisationen halten die Großgrundbesitzer und Großbauern das Heft in der Hand.

Der Kleinbauer und die Arbeiterklasse sind gegebene Verbündete. Nur im Bund mit den Arbeitern kann der Kleinbauer die gemeinsamen Feinde, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer bekämpfen. Nur im Bund mit den Kleinbauern kann die Ernährung der Arbeiterschaft gesichert werden. Nur im Bunde mit den Organen der werktätigen Landbevölkerung können die Organe der städtischen Arbeiterschaft, die Kontrollausschüsse usw. wirksam den Lebensmittelwucherern an den Leib gehen.

Unter der Diktatur des Proletariats werden die Kleinbauern von dem jetzigen Druck befreit. Sie wird ihnen auf Kosten der Großgrundbesitzer soviel Land geben, als sie brauchen, um auskömmlich zu leben. Sie wird den Kleinbauern im Austausch gegen landwirtschaftliche Produkte Erzeugnisse der Industrie liefern. Sie wird sie von Wucher und Ausbeutung befreien. Bisher war der Kleinbauer durch den Druck der Arbeitslast, die auf ihm lastete, praktisch von aller Kultur ausgeschlossen. Unter der Diktatur des Proletariats wird ihm zuerst alle Möglichkeit der modernen Kultur und Technik eröffnen. Und so wird sie zugleich die Erziehung des Kleinbauern zum Sozialismus beginnen, indem sie ihm die Vorzüge des maschinellen Großbetriebes vor Augen führt.

Der städtische Mittelstand zerfällt in einige streng voneinander geschiedene Schichten.

Zum alten Mittelstand gehören die Ueberreste des selbständigen Kleinbürgertums, Handwerker und Kleinhändler. Sie sind heute vollkommen deklassiert und leben oft schlechter als die Arbeiter. Die Wucherpolitik des Großkapitals hat sie fast der Möglichkeit beraubt, weiter zu arbeiten. Ihre Warenvorräte schmelzen zusammen. Sie stehen vor dem Nichts. Nur an der Seite der Arbeiter können sie noch ihre Existenz sichern. Die Diktatur des Proletariats wird sie von dem kapitalistischen Wucher befreien. Sie wird sie mit Material und Waren ausstatten können, ohne sie zu bewuchern. Sie wird ihnen den genossenschaftlichen Zusammenschluß erleichtern und ihnen so neue Zukunftsmöglichkeiten eröffnen, die in der Richtung zum Sozialismus liegen.

Die „neuen Mittelständler“, die Angestellten der Industrie und des Handels, sind nichts anderes als Lohnarbeiter, denen das Kapital als seinen Offizieren eine gehobene und relativ gesicherte Existenz gewährleistet hatte. Jetzt geht die Bourgeoisie ihnen ebenso an den Kragen, wie allen übrigen Arbeitern. Der geistige Arbeiter hungert ebenso wie der Handarbeiter.

Unter der Diktatur des Proletariats wird jedem geistigen Arbeiter der Platz angewiesen, auf den er gehört. Man braucht die Mitwirkung der technisch und organisatorisch geschulten Kräfte bei der Aufgabe der Kontrolle und Leitung der Produktion. Der von der Klassengesellschaft geschaffene Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit muß einem engen Zusammenschluß aller Arbeiter Platz machen.

Der Beamte spürt heute ebenso wie alle anderen Werktätigen die kapitalistische Bankrottwirtschaft am eigenen Leibe. Die Ebert-Republik hat den unteren Beamten die gesicherte Existenz genommen, sonst aber die ganze üble Erbschaft des wilhelminischen Regimes beibehalten. Es bleibt dabei, daß nur Reaktionäre die wichtigsten Posten besetzen, von ein paar sozialdemokratischen Konzessionsschulzen abgesehen. Es bleibt bei der Schikanisierung und Bespitzelung der unteren eBamten durch ihre Vorgesetzten.

Die Regierung Stresemann-Seeckt macht die Beamten zum Sündenbock für den Finanzbankrott. Sie will die unteren Beamten in Massen brotlos machen.

Unter der Diktatur des Proletariats wird den Beamten ein menschenwürdiges Dasein in ihrem Dienst gesichert. Sie wird die verfaulte obere Bureaukratie beseitigen und jedem den Platz anweisen, dem seine Fähigkeiten entsprechen.

Der Ruf nach der Diktatur des Proletariats ist heute schon in Millionen lebendig. Der Gedanke des Bundes zwischen Arbeitern und den anderen Werktätigen gewinnt jeden Tag an Boden. Dieser Bund wird nicht auf schwankender parlamentarischer Grundlage zustande kommen, er wird jeden Tag aufs neue auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes geschlossen, durch die gemeinsame Not neu gekräftigt werden.

Zum Angestelltentarif

teilt der Afa-Bund mit: Die Verhandlungen am Mittwoch mit der Arbeitgebervereinigung führten zu folgender Vereinbarung: Den Angestellten der Industrie, des Handels und des Verkehrs wird am Freitag, dem 16. November, jedoch spätestens am Sonnabend, dem 17. November, das 826 000 fache Augustgrundgehalt netto, den Buchhandelsangestellten das 843 000fache Augustgehalt netto ausgezahlt. Den Buchhandlungsangestellten ist der Vorschuß der letzten Woche in Abzug zu bringen. Verhandlungen über Goldgehälter finden heute vor dem Schlichtungsausschuß statt.

* **Für die Sozialrentner und Kleinrentner** erfolgt dieser Tage die Zahlung der Notstandsbezüge für die zweite Novemberhälfte. Für den größten Teil der Sozial- und Kleinrentner ist die Postscheküberweisung bereits erfolgt. Für einen Teil der Sozialrentner muß jedoch mit Rücksicht auf die neuerlichen bedeutenden Geldentwertungen beschleunigte Barzahlung erfolgen. Die Sozialrentner mit dem Anfangsbuchstaben R erhalten ihre Bezüge Sonnabend, den 17. November ,vormittags von 9 bis 11 Uhr, Buchstabe T von 11 bis 12 Uhr und Buchstabe M in der Zeit von 12 bis 1 Uhr, die Sozialrentner mit den Anfangsbuchstaben A und Sch Montag, den 19. November, vormittags von 9 bis 11 Uhr und Buchstabe W von 11 bis 12 Uhr. Zahlstelle: Rathausstraße 6, Zimmer 11. Rentner, die am Erscheinen verhindert sind, können Vertreter mit polizeilich beglaubigter Vollmacht schicken. Der Sprechverkehr ruht an diesen Tagen. Es wird darauf hingewiesen, daß es nicht zulässig ist, Sozial- und Kleinrentnerunterstützung und Arbeitslosenunterstützung nebeneinander zu beziehen. Rentner, die beide Unterstützungen beantragt haben, wollen sich sofort melden, da sie andernfalls Nachteile zu gewärtigen haben.

* **Außer Kurs gesetzes Post-Notgeld.** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die von der Oberpostdirektion Halle ausgegebenen Gutscheine zu 10, 20 und 50 Milliarden Mark am 30. November ihre Gültigkeit verlieren und nach diesem Zeitpunkt von den Postanstalten nicht mehr eingelöst werden.

* **Allgemeine Ortskrankenkasse.** Der Kassenvorstand gibt im Anzeigenteil bekannt, daß die Arbeitgeber von Dienstboten und sonstigen Hausbediensteten (Aufwärterinnen usw.) die Krankenkassenbeiträge für ihre Beschäftigten an die Krankenkassengeschäftsstelle bis 25. November d. J. zu entrichten haben, und daß der bisher erteilte Bescheid, wonach die Beiträge durch Beitragserheber abgeholt werden sollten, hinfällig wird. Die Beiträge sind also an der Kasse zu entrichten.

* **Heeres-Rentenzahlung.** Die Zahlung der Heeresrente für die zweite Novemberhälfte findet beim Postamt, Große Steinstraße, wie folgt statt: Am Montag, dem 19. November, für die Nr. 1 bis 4000, am Dienstag, dem 20. November, von 4000 bis Schluß. Am 21., 22. und 23. November für die an den Hauptzahltagen nicht erhobenen Rentenbeiträge. Zahlung vom 19. bis 22. November von 8 bis 2 Uhr nachmittags, am 22. und 23. von 9 bis 12 Uhr und 3 bis 5 Uhr nachmittags. Am 25. November werden die nicht erhobenen Renten durch Geldbesteller unter Erhebung einer Gebühr in Höhe der jeweiligen Gebühr einer Postkarte im Fernverkehr zugestellt.

* **Großfeuer.** Vor einigen Tagen geriet in unmittelbarer Nähe der Kaolin- und Schamottewerke von Gebr. Baensch in Dölau ein großes Getreidelager von fast 1000 Zentner in Brand und gefährdete dur chdie riesige Glut, sowie durch die Hunderte von Metern weit durch die Luft fliegenden Funken das vorgenannte große Fabrikunternehmen, sowie ein weiteres, nur 10 Meter entferntes, großes Getreidelager aufs äußerste. Da die Ortsfeuerwehr trotz schnellen Eintreffens infolge schlechten Hydrantendruckes und unzureichenden Schlauchmaterials des Feuers nicht Herr werden konnte, wurde die Feuerwehr Halle dringend um Hilfe gebeten, die auch mit Rücksicht auf die ungeheueren Werte, die dem Nationalvermögen durch ein Umsichgreifen dieses Feuers verloren gegangen wären, ausnahmsweise eine Motorspritze entsandte. Da diese aus einem vorhandenen Teich saugen und so minutlich fast 2 Kubikmeter Wasser in das Feuer schleudern konnte, war nach dreistündiger Tätigkeit das Feuer soweit eingedämmt, daß die Ortsfeuerwehr mit zwei Schlauchlinien, aus denen noch fünf Stunden Wasser gegeben wurde, allein auf der Brandstelle bleiben konnte. Ein Umsichgreifen des Feuers konnte verhindert werden.

* **Von der Straße.** Gestern nachmittag erfolgte Ecke Große Ulrichstraße—Nikolaistraße ein Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Straßenbahnwagen. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Schuld dürfte den Führer des Lastkraftwagens treffen, da er den Straßenbahnwagen von hinten anfuhr. — Am selben Vormittag wurde in der Merseburger Straße ein Mann durch einen Motorradfahrer angefahren. Beide kamen zu Fall, ohne verletzt zu werden. Das Motorrad wurde leicht beschädigt. Die Schuld ist dem Fußgänger zuzuschreiben, da er direkt in das Motorrad hineinlief. — In der Nacht vom 15. zum 16. wurde in einem Zigarrengeschäft in der Triftstraße nach Eindrücken der Ladentürscheibe ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden Zigarren und Zigaretten. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

* **Ein Holzdiebstahl auf dem Minervasportplatz** wurde vor einigen Tagen verübt. Es wurden etwa 16 Meter Barieren (aus Bohlen) gestohlen. Wer irgendwelche Angaben über den Diebstahl machen kann, wird gebeten, dies dem Vereinswirt Paul Stutzer, Beesener Straße („Südpol“) zu melden.

Parteibeiträge

für die 46. Woche (2. November-Woche):			für die 47. Woche (3. November-Woche):		
1. Klasse	**4**	**Milliarden**	**1. Klasse**	**20**	**Milliarden**
2. „	**3**	„	**2.** „	**10**	„
3. „	**1**	„	**3.** „	**3**	„

Restanten müssen die zur Zeit der Kassierung geltenden Marken kleben. Pünktlich einkassieren und Monatsabrechnung sofort erledigen.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Arbeiter-Sport

HFC. Viktoria 08. Sonntag, den 18. November, spielen sämtliche Mannschaften im Serienspiel gegen Dürrenberg auf dem Sandanger. Die 1. Mannschaft spielt wie folgt: Recke, Biering, Fidelak, Müller, Pätzold, Ulbrich, Meyer 2, Zieger, Gessing, Brendel, Schauerhammer. Treffpunkt ½2 Uhr „Eisbörse“, Spielbeginn ½3 Uhr. Linienrichter E. Schubert, Lüttich, Platzkassierer, Kober sen., Herm. Kober jun., Schmidtke, Harzdorf. Die 2. Mannschaft spielt wie folgt: Haddas, Blome, Unsöld, Lüttich, Schubert, Werner, Warz, Atzeroth, Zechel, Pöge, Höpfner. Treffpunkt 12 Uhr, Spielbeginn 1 Uhr. Linienrichter: Schöne, Hedel. Die 3. Mannschaft spielt wie folgt: Meyer 1, Oguntke, Harzdorf, Röhr, Merten, Markendorf, Schöne, Hedel, Barth, Rosch, Banse. Linienrichter: Singer 1, Meinhardt. Treffpunkt 10 Uhr, Spielbeginn 11 Uhr. Die 1. Jugend spielt um 10 Uhr gegen Ballspielklub 1. Jugend wie folgt: Krenz, Singer 1, Meinhardt, Walter, Solf, Knöchel, Schlaßier, Brauer, Klieber, Recke, Singer 3. Ersatz: Küstenbrück. Linienrichter: Zieger, Nilius. Schiedsrichter für 1. Jugend Sportgenosse Walter Petzold. Sportgenosse Otto Meyer als Schiedsrichter bei dem Spiel Lettin 2.—Trotha 2. um 1 Uhr. Sporigenosse Harzdorf als Schiedsrichter bei Minerva-Jugend um 11 Uhr. Die Jugend trifft sich um 9 Uhr in der „Eisbörse“.

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	16. 11.		15. 11.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	947 625 000 000	952 375 000 000	947 625 000 000	952 375 000 000
Brüssel	115 710 000 000	116 290 000 000	115 710 000 000	116 290 000 000
Italien	107 730 000 000	108 270 000 000	107 730 000 000	108 270 000 000
London	10 980 300 000 000	11 027 700 000 000	10 980 300 000 000	11 027 700 000 000
Neuyork	2 513 700 000 000	2 536 300 000 000	2 513 700 000 000	2 536 300 000 000
Paris	137 655 000 000	138 345 000 000	137 655 000 000	138 345 000 000
Schweiz	442 890 000 000	445 110 000 000	442 890 000 000	445 110 000 000
Wien				

1 Goldmark am 16. November (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 600 000 000 000 Papiermark.

½2 Uhr: Dollar 2536 300 000 000 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231116-11/fragment/page=0005

Befreites Land

Das Landproletariat in der sozialen Revolution

Mit dem Wachsen der sozialen Revolution in Europa tritt immer schärfer die Frage auf, welche Rolle in diesem Prozeß das Dorf spielen wird, nämlich in der Vorbereitung, Durchführung und Festigung der Revolution. Das Dorf — darunter verstehen wir den kleinen, als Klasse nicht einheitlichen, sondern in der Masse zersplitterten Warenproduzenten — ist bekanntlich ein konservativer Faktor und in einer ganzen Reihe von sozialen Bewegungen hat das Dorf die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu errichten geholfen und sie gestützt. Aber das Dorf, d. h. die Bauernschaft, ist keine einheitliche Klasse. Wenn wir die agrären Verhältnisse irgendeines westeuropäischen Landes nehmen, so können wir darin die drei wichtigsten Kategorien unterscheiden, die ihren Interessen nach nicht gleich sind und öfters im täglichen Kampfe gegeneinander prallen: die reichen Bauern, die mittleren Bauern und das landwirtschaftliche Proletariat, dem die ärmsten Schichten des Dorfes angeschlossen sind. Wenn das Dorf im allgemeinen der sozialen Revolution feindlich gegenübersteht, so wird, objektiv genommen, jede von diesen Schichten durch den Umsturz anders getroffen werden, und darum können wir mit vollem Recht nicht nur von einer Neutralisierung der Bauern sprechen, aber auch von der Notwendigkeit, bestimmte Schichten des Dorfes auf die Seite der sozialen Revolution zu bringen.

Die russische Revolution bietet in dieser Hinsicht unerschöpfliches Material. Das Beispiel der russischen Revolution wird dadurch noch lehrreicher, daß wir in einer so kurzen Zeit uns vom Zarismus befreiten und den privaten Besitz an Boden und den wichtigsten Produktionsmitteln vernichtet haben. Worin bestanden die Schwierigkeiten der russischen Revolution auf dem Gebiete der gegenseitigen Verhältnisse zwischen Stadt und Land? Darin, daß Rußland hauptsächlich ein Bauernstaat war und daß wir in der Gesamtheit der Bauernschaft eine nur geringe nichtorganisierte Zahl des Landproletariats hatten. Die Gewerkschaften der Landarbeiter entstanden erst während und durch die Revolution, und sie spielten folglich nicht die geringste Rolle in der Vorbereitung des Umsturzes. Das war die Ursache der großen Schwierigkeiten des russischen Proletariats und daraus können wir zugleich für das Proletariat anderer Länder eine Reihe von praktischen und konkreten Schlüssen ziehen.

In allen europäischen Ländern gestaltet sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land viel günstiger für die Industrie als wie in Rußland.

Ueberall befindet sich ein bedeutendes Land- und Forstproletariat, das schon gegenwärtig in Gewerkschaften organisiert ist. Dies ist ein großer Vorsprung der westeuropäischen Arbeiter im Vergleich mit denen Rußlands, aber dieser Vorsprung wird nur dann ausgenützt werden können, wenn das westeuropäische Proletariat die gewaltige Bedeutung einschätzen wird, die das Landproletariat während der Revolution und bei der Durchführung ihrer Ziele haben wird.

Die Rote Gewerkschafts-Internationale hat, von den Erfahrungen der russischen Revolution ausgehend und um die Aufmerksamkeit der westeuropäischen Arbeiter auf die Bedeutung des Landproletariats in den bevorstehenden Klassenkämpfen zu richten, vor die revolutionäre Arbeiterschaft der Welt die Frage der Organisierung und der Eroberung der Landarbeiter gestellt. Das Proletariat muß im Bürgerkriege, in seinen schärfsten Momenten, das Dorf und auch seine obere Schicht zum mindesten zu neutralisieren verstehen. Wie ist das dem russischen Proletariat gelungen? Durch die Schaffung spezieller Komitees der armen Dorfbevölkerung (Kombied), die die Schichten des Dorfes zerlegten und unter die Bauern die Idee der sozialen Revolution brachten. In den Ländern, wo beim Ausbruch der Revolution bereits starke Gewerkschaften der Landarbeiter bestehen werden, ist die Schaffung derartiger „Ersatzorganisationen", wie die Kombied, nicht nötig, denn durch die Gewerkschaften werden die Flammen der sozialen Revolution in jeden Winkel des Dorfes dringen.

Leider ist es mit der Organisation des Landproletariats in Westeuropa, das sich seiner alten Gewerkschaftsbewegung rühmt, nicht ganz gut bestellt. Der allgemeine revolutionäre Aufschwung der Jahre 1919/20 beeinflußte ebenfalls diese rückständige Arbeiterkategorie, aber in der Periode der Offensive des Kapitals mußten die Gewerkschaften des Landproletariats am meisten bluten. Sie wurden nicht nur geschlagen, weil die Bourgeoisie sich vorzüglich über die Bedeutung der Gewerkschaft als Bündnis der revolutionären Stadt mit dem rückständigen Dorfe im Klaren war. Die Bauern sind die letzte Stütze und Hoffnung der Reaktion und darum will die Bourgeoisie diese Dorfarmee aus den Händen der Revolution schlagen.

Aber mit desto größerer Energie müssen die revolutionären Arbeiter zur Organisierung der Landarbeiter schreiten und müssen den Bauernmassen die Frage aufwerfen: Mit wem seid Ihr? Mit der revolutionären oder mit der reaktionären Stadt? Da die Bauernschaft als Klasse den gegenwärtigen Staat nicht leiten kann, sondern nur imstande ist, die eine oder die andere um Macht ringende Klasse zu stützen, so muß diese Fragestellung noch am Vortage der Revolution einen Ueberblick des wirklichen Kräfteverhältnisses geben.

Die durch die Komintern aufgestellte Parole der Arbeiter- und Bauern-Regierung wird nur dann eine große Rolle in der Umstellung der Bauern auf die Seite des Proletariats spielen, wenn wir auf dem Lande feste, vorzüglich organisierte proletarische Punkte haben werden.

Von welchem Gesichtspunkte aus man diese Frage betrachtet, immer stößt man auf die Leitung des Dorfes durch die Stadt. Diese Leitung kann mit Gewalt oder freiwillig vor sich gehen. Sie wird freiwillig sein, wenn wir beim Ausbruch der Revolution starke Gewerkschaften der Landarbeiter haben werden. Wie kann man aber diese Gewerkschaften schaffen und festigen, wenn das Landproletariat sogar in den fortgeschrittensten Ländern nur mit knapper Not die entsprechenden Führer aus seinen Reihen bringt? Hier ist die organisatorische und politische Hilfe seitens der gewerkschaftlichen Zentren eines jeden Landes erforderlich: Die Stadtarbeiter müssen ihren rückständigen Brüdern vom Lande mit Leuten und allerlei Mitteln zu Hilfe kommen und somit werden sie diese Reserven schaffen, die im entscheidenden Moment und kurz nach der Revolution die Entscheidung in den sozialen Kämpfen fällen werden.

A. Losowsky.

Die Landarbeiterfrauen erwachen

Die Landarbeiterfrauen in Dammendorf erhalten für das Rübenroden einen unter aller Würde niedrigen Lohn. Bei einem Dollarstand von 630 Milliarden verdienten sie in einer Woche, da sie in Akkord arbeiteten, 25 bis 60 Milliarden. Dazu kommen noch Deputate im Werte von 30 Friedenspfennigen pro Tag. Sie glaubten deshalb zur Selbsthilfe greifen zu müssen und füllten sich beim Nachhausegehen ihre Körbe mit Rüben und Rübenkraut. Als sie am vergangenen Sonnabend ebenfalls ihren Heimweg angetreten hatten, wurden sie vom Gutsverwalter aufgefordert, mit nach dem Gutshof zu gehen und dort ihre Körbe zu entleeren. Die Frauen, denen es beim Kapp-Putsch noch nicht einleuchten konnte, warum sie streiken sollten, waren über das Verhalten des Verwalters so empört, daß sie beschlossen, die Arbeit zu verweigern. Mittags um 1 Uhr versammelten sie sich auf dem Dorfplatz ohne Korb und Spaten. Wutschnaubend über die Anmaßungen der Frauen kam der Verwalter herbei und erklärte: Wer in der Stunde nicht auf dem Felde ist, erhält seine Papiere! Da lachten ihm die Frauen ins Gesicht und sagten ihm: Dann bekommen wir sie alle, für solche geringe Entlohnung können wir nicht arbeiten. Sonntag vormittag 11 Uhr zogen sie geschlossen auf den Gutshof, um mit dem Besitzer Dr. Humbert selbst zu verhandeln. Dieser wollte zunächst den Hetzer unter ihnen feststellen, doch die Frauen erklärten ihm, der Hetzer sei die geringe Entlohnung und die daraus für sie entspringende Not. Daraufhin wollte er ihnen ihren Lohn auszahlen und hielt somit die Angelegenheit für erledigt. Doch anders die Frauen. Sie verließen einmütig das Kontor und ließen Herrn D. Humbert mit seinen beiden Verwaltern allein zurück. Sie wurden dann wieder zurückgerufen, und da die Frauen auf ihrem Standpunkt beharrten, einigten sie sich mit ihrem Unternehmer dahingehend, daß sie jedesmal vier bis fünf Rüben und einen Korb voll Kraut mit heimnehmen dürfen. Außerdem wurden sie damit vertröstet, nächste Woche Goldlöhne zu bekommen.

Kollegen und Kolleginnen, seid einmütig und geschlossen in Eurem Ziel und in Euren Forderungen! Nur so werdet Ihr zu Eurem Rechte kommen!

Wichtige Landvolktagungen

Am Sonntag, dem 4. November, versammelten sich rund 2000 Vertreter des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung, Bezirk Halle, die einen Bericht über die russische landwirtschaftliche Ausstellung und über den Internationalen Bauernkongreß sowie über den von Weimar erfolgten Zusammenschluß der schaffenden Landwirte, Kleinpächter und Siedler entgegennahmen. Ein Bauer brachte unter großem Beifall den Willen der Konferenz mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Wir kleinen Bauern haben erkannt, daß der Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern äußerst notwendig ist, daß wir gemeinsam um eine Arbeiter- und Bauern-Regierung kämpfen müssen, wenn wir nicht völlig zugrundegehen wollen."

Die auf den obigen Kongressen gefaßten Beschlüsse wurden von der Konferenz einstimmig gutgeheißen.

In Freiburg (Baden) tagte am 28. Oktober eine Vertreterkonferenz des 220 Ortsgruppen umfassenden Badischen Kleinpächterverbandes, die ebenfalls einen Bericht von der landwirtschaftlichen Ausstellung und vom Internationalen Bauernkongreß entgegennahm und sich hinter die Beschlüsse des Kongresses stellte.

Das schaffende Landvolk ist erwacht! Es hat die in seinem Interesse liegenden Notwendigkeiten erkannt! Die revolutionäre Proletarier-Armee erhält durch das schaffende Landvolk starke Hilfstruppen für den Befreiungskampf aller Werktätigen!

Sie wollen Reichsfaszisten bleiben

Kürzlich hat ein Vertreter der faszistischen „Freien Bauernschaft", die in Bayern, Pfalz, Rhein-Hessen unter großbäuerlicher Führung einigen Anhang hat, sich für Loslösung der Pfalz vom Reich ausgesprochen. Die „Freie Bauernschaft", Landesgruppe Bayern, erläßt jetzt in der Presse eine Erklärung, in der sie von diesem Vertreter abrückt.

Die Arbeiterschaft und das kleine Bauerntum nimmt zur Kenntnis, daß die „Freie Bauernschaft" reichsfaszistisch bleiben will.

Der Reichsbund in der Faszistenfront

Der großagrarische Reichslandbund erläßt in den letzten Wochen fast täglich einen Aufruf. Der Sinn dieser Aufrufe ist fast immer derselbe. Es wird darin eingetreten für das hochverräterische Treiben der bayerischen und sonstigen Faszisten gegen die „marxistischen Einflüsse" unterliegende Stresemann-Regierung. In dem neuerdings erlassenen Aufruf macht der „Reichslandbund", der nach seinen Erklärungen „unpolitisch" ist, der Reichs-Regierung den Vorwurf, daß sie noch nicht den Anschluß an die deutschnationale Volkspartei gefunden habe. Das deutsche Landvolk könne daher kein Vertrauen zu einer solchen Regierung haben und müsse sich „gegen das System der Kompromisse und inneren Unwahrhaftigkeiten" wenden.

Die Aufrufe des Reichslandbundes bezwecken nichts anderes als die Vorbereitung der faszistischen Diktatur in seiner schärfsten Form. Die geringe Gegenliebe, die der großagrarische Reichslandbund dabei unter den kleinen und mittleren Bauern findet, zwingt ihn zu seiner in den Aufrufen zu beobachtenden verschleierten Sprache, um ein Alarmruf zur Gegenrüstung für alle Werktätigen zu sein.

Die diesjährige Kartoffelernte

Die Erntevorschätzung der Kartoffelerträge und sonstiger Hackfrüchte zeigt einen Rückgang in der Anbaufläche und im Hektarertrag. Das statistische Reichsamt gibt folgende Ernte-Vorschätzung für Hackfrüchte bekannt:

	Fläche	Ernteschätzung. vom ha	im ganzen
Kartoffeln:	ha	dz	dz
Anfang Oktober 1923	2 725 818	115,5	314 698 031
November-Ermittlung 1922	2 721 550	149,4	406 653 600
1913	2 802 061	157,1	440 157 580
Vorschätzung im Okt. 1922	2 720 910	144,3	392 499 764
Zuckerrüben:			
Anfang Oktober 1923	383 909	221,7	85 104 485
November-Ermittlung 1922	417 269	258,6	107 916 390
1913	—	—	—
Vorschätzung im Okt. 1922	417 107	259,6	108 299 827
Runkelrüben:			
Anfang Oktober 1923	756 729	277,4	209 911 080
November-Ermittlung 1922	784 711	315,5	247 547 130
1913	—	—	—
Vorschätzung im Okt. 1922	784 315	316,9	248 551 716

Berliner Produktenbörse. Amtliche Notierungen vom 15. November. Weizen, märk. 210 bis 214; fest. Roggen, märk. 193 bis 197; fest. Gerste, Sommergerste, 185 bis 193; ruhig. Hafer, märk. 172 bis 176; schwach. Weizenmehl 33,50 bis 36,75; steigend. Roggenmehl 32,50 bis 33,75; fest. Weizenkleie 8,40; behauptet. Roggenkleie 8,40; behauptet. Viktoriaerbsen 43 bis 52; kleine Speiseerbsen 33 bis 36; Peluschken 18 bis 20; Serradella 20 bis 23; Rapskuchen 13 bis 14; Trockenschnitzel, prompt, 8; Torfmelasse 7; Kartoffelflocken 14,50 bis 16. Die Presse verstehen sich in Goldmark der Goldanleihe (1 Dollar = 4,20 Goldmark), bei Getreide für 1000 Kg., bei Mehl, Hülsenfrüchten und Futtermitteln für 100 Kg. Stroh und Heu. Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden heute folgende Preise notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0,80 bis 1,00; Haferstroh, drahtgepreßt 0,70 bis 0,90; Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt, 0,60 bis 0,70; Heu, gutes 1,10 bis 1,20; Heu, handelsüblich 0,80 bis 0,90.

Das Metall der Toten

5]

Von Concha Espina

Und sie seufzte voller Sehnsucht dem Augenblick entgegen, da sie ihr Herz erleichtern konnte.

Sie erwachte bei Tagesanbruch, aus den Nebeln der Träume nah in die Wirklichkeit zurückgerissen, und das Bewußtsein ihrer Schmerzen und Kümernisse kehrte ihr zurück.

Aber trotz der Verfolgungen des Schicksals fühlte sie in ihren Adern Kraft und Lebensfreude. Im reinen Spiegel ihrer Augen waren die furchtbaren Eindrücke von so holden Hoffnungen überglänzt, daß Aurora sich den schädlichen Trugbildern lächelnd verschließen mußte. Leise näherte sie sich der Mauer, durch die ein Lichtstreif schimmerte.

Als sie die Pforte geöffnet hatte, blieb sie einen Augenblick geblendet stehen und verhüllte mit einer schamhaften Gebärde ihre veränderte Gestalt, während die Sonne wie ein Dolch in ihre bloße braune Brust drang.

III

Steine und Flammen

Ohne auf den Weg zu achten ging sie davon, umgeben vom sanften Atem des Meeres, dem Duft der sonnenwarmen Früchte und dem leisen Rauschen der Bäume. Sie vermeinte, in ihrem Schoße die Seele der ganzen Welt sich regen zu fühlen und ihren Schritt im Geriesel der Zeiten widerhallen zu hören.

Von dem Feldwege zwischen dem hohen Getreide aus sah sie die wellenförmigen Umrisse des Gebirges einsam und düster über dem fruchbaren Ufer aufragen, mit breiten roten Wunden bedeckt, aus denen es sein Herzblut zu verströmen schien.

Dorthin wandte sich die Liebende; in ihren Augen lag das Licht des Morgens, und, gleich den Dichtern, suchte sie den Blumenflor und das Gezwitscher der Vögel zu deuten, als ein trauriger Zug ihr den Weg versperrte: ein „Schub" landesverwiesener Zigeuner unter Bedeckung einiger Gendarmen. Die Pilger entfernten sich in ihren Wohnwagen, wie die Schnecken in ihren Häusern, und man sah durch die Vorhänge der Wagen nur hier und da ein paar stumme und erstaunt fragende Gesichter dem Licht zugewandt.

Nur ein kleines Mädchen, fast ein Kind noch, ging im Verlangen nach Sonne zu Fuß und schleifte im Straßenstaub ein paar Fetzen der spanischen Fahne hinter sich her: ein lächerliches Kleidungsstück, das einen Mantel vorstellen sollte.

Die Kleine lächelte mit kindlicher Dreistigkeit zwischen den ernsten Dreispitzen hervor, ahnungslos von ihrer Schuld.

„Kommt sie ins Gefängnis?" — fragte Aurora voller Mitleid ein paar Knaben, die dem Zuge folgten.

„Sie wird abgeführt."

„Warum?"

„Weil sie bettelt . . ."

Auf der Landstraße entfernten sich mit dem wandernden Kinde die gewebten Landesfarben, ein zerrissenes Symbol, flüchtend und mitleiderregend; und mit verlangsamten Schritten setzte Aurora ihren Weg fort.

Mit zu Boden geschlagenen Augen weitergehend, war sie bedacht, einen Zug Ameisen nicht zu stören, der, ein sich dahinschlängelnder Faden, vom Farnkraut am Wegrande aus ins Abenteuer der Landstraße zog.

Schon flammte der Morgen; auf der einen Seite des Fahrwegs wand sich ein Pfad über die grasbewachsenen Bergabhänge und stieg, die Pappeln weit hinter sich lassend, den Berg empor, dessen narbenbedecktes Antlitz sich unter der blauen Kuppel blutrot färbte, wie ein von bösen Händen mißhandeltes Wesen.

Als sich Aurora in diese Richtung wendete, wurde sie von tiefer Bestürzung befallen: ihre großen Augen, die das ganze Bild in sich aufnahmen und verschlangen, suchten gierig den Seehorizont und blieben schließlich voll Demut an dem unbekannten Wege haften.

Singend stieg eine Lerche zum Himmel auf; eine goldgelbe Spinne webte ihr Netz über den Grasblüten zwischen zwei duftenden Stauden.

Das Mädchen bewunderte die zarten Fäden, aus denen die Weberin ihr Netz spinnt und hütete sich, auf den Blütenstaub zu treten, der zu beiden Seiten des Weges unter jeder Poleistaude lag.

Das dumpfe Getöse der Arbeit drang aus dem Bergwerk, und die Luft ward unerträglich heiß in der Umwandung des Gebirgskammes; der Fußpfad bog in die rote Einsamkeit ab.

Weiter und weiter ging die Küstenbewohnerin ruhiger und entschlossener bei jedem Schritt, als müchten ihrer Seele Flügel; aber das drückende Bewußtsein ihres Geheimnisses verließ sie nicht.

Der Weg, den sie emilang schritt, erweiterte sich in eine Schlucht, ward erfüllt von den Klängen der Arbeit und zog weiter über das Gebirge hin, das mit Fabrikgebäuden, mit Gerätschuppen und Wärterhäuschen, mit Minenprodukten und Schienenwegen besät war.

Das Mädchen überquerte ein Plateau, zusammen mit einer Gruppe junger Arbeiterinnen, die zu den Werkstätten eilten, und mischte sich unter sie, als sie die Schwelle einer lärmerfüllten Halle mit zinkbeschlagenen Wänden überschritten, von der aus Treppenstufen zur Bergschlucht hinabführten.

Es war eine ungeheure Erzwäscherei, eine schwindelerregende Maschine, die sich unausgesetzt dreht, die stampfte und brüllte mit unaufhörlichem Lärm. Ihre eisernen Kinnladen verschlangen den Galmei, spien ihn in die riesigen Seiher und warfen ihn dann in ein zweites Sieb, in einen beweglichen Kanal, einen sich schwingenden Behälter. Betäubend wirkte das unausgesetzte Hin und Her der Siebe, die fortwährende Bewegung des Trämel, die für die Gleichmäßigkeit des Materials sorgen. Das Stampfen der beweglichen Bänke, das Knistern der Federn und Achsen, das Rotieren der Trommeln und Scheiben, die Klammern und Walzen, Kabel und Wasserbehälter, die Luft und der Staub, das Wasser und die Steine hatten einen Rhythmus, hatten Gesten und Gebärden, und aus ihren Schlünden drang ihre stolz- und machttrunkene Stimme in der betäubenden Harmonie einer gewaltig fortreißenden Dichtung.

Im zweiten Stockwerk umgab eine Gruppe von Arbeiterinnen im Kreise den großen Behälter, in dem der Galmei in feuchtem, zitterndem Strome floß, um ihn mit bebenden Fingern zu zeinigen. Die Maschinen stampften und sangen über den biegsamen Hälsen der Frauen, die sich lächelnd vom Blut des Berges durchtränken und vom stolzen Schrei der Arbeit einhüllen ließen.

Weitergedrängt von dem Getöse und Wirbel stieg Aurora die Stufen des Gebäudes hinab und blieb in einem anderen großen Raum unschlüssig stehen, der ähnlich dem oberen, aber sehr tief und sehr heiß war.

Sie konnte sich nicht entschließen, nach Charol zu fragen, und in der Hoffnung, ihn zu treffen, näherte sie sich den Oefen, die glühend und feierlich in einer Reihe standen. Die Schmelzöfen brennen mit geschlossenem Schlund, hoch und stumm, ohne daß man einen Funken oder einen Feuerschein sieht. Den Stichöfen werden die Erzstufen von einer dem Herde entfernten Stelle aus zugeführt, und man glüht sie aus mit Hilfe von Harken und Spießen, die das Erz über den Boden leiten. Vor jeder Oeffnung steht ein Arbeiter und rührt mit einem großen Schürhaken in den glühenden Eingeweiden des Ofens, bis die lebendigen Funken umherstieben und die geläuterte Erde herausgehoben werden kann: ein Gußstrom quillt unter dem Stoß der Waffe, und die herausgeharkten Metallschlacken leuchten rot.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231116-11/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 11.—17. Nov. 155 Milliarden, durch die Post 2310 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leipzigerstraße 14. Fernruf 1046. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 9 Goldpfennige f. d. Millim. Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennige f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 46, Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 30 Milliarden | Freitag, den 16. November 1923 | 3. Jahrgang Nummer 269

Die Reichswehr erpreßt Lohnabkommen

Lohnverhandlungen unter Aufsicht von Reichswehroffizieren und Kriminalbeamten — Die Lohnkommission wird verhaftet, wenn sie nicht dem Diktat der Unternehmer zustimmt — Hungerunruhen in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. November.

In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag traten die Mühlenarbeiter Groß-Berlins in den Streik, da die Arbeitgeber jede Lohnforderung und überhaupt jede Lohnverhandlung ablehnten. Die Mühlenbesitzer hatten aber vorher sich den Schutz und Beistand des Wehrkreiskommandos gesichert. Als die Funktionäre der Lebensmittel- und des Transportarbeiterverbandes zu einer Sitzung zusammentreten wollten, wurden sie verhaftet. Der Genosse Schmidt, Angestellter der Ortsverwaltung und andere Mühlenarbeiter wurden festgenommen. Als die Verhandlungen zur Beseitigung der Lohndifferenzen eröffnet wurden, erschien ein Offizier des Wehrkreiskommandos und Kriminalbeamten und erklärten, die Arbeitnehmer würden sofort verhaftet, wenn sie den Streik gutheißen und eine Streikleitung bilden würden. Wenn sie aber dafür stimmen, daß die Arbeit sofort aufgenommen wird und ein diesbezügliches Plakat herausgeben werden sie frei ausgehen. Die Arbeitervertreter lehnten solche Verhandlungen ab. Daraufhin wurden sie verhaftet. Später begann unter Ueberwachung der verhafteten Lohnkommission durch Kriminalbeamte die Verhandlung. Während den Verhandlungen wartete auf der Straße ein Auto, um nach einem Scheitern der Verhandlungen die Verhafteten abzutransportieren. Nur unter dem Druck des Wehrkreiskommandos wurde eine Einigung in der Lohnfrage erzielt.

*

Immer nackter enthüllt sich die Militärdiktatur. Nach dem Streikverbot für Buchdrucker und dem Verbot des Streikpostenstehens jetzt die Erpressung von Lohnabkommen durch die Reichswehr. Die „unpolitische" Reichswehr diktiert auf Geheiß der Unternehmer die Löhne, das ist der Sinn des neuesten Gewaltstreiches der Seeckt-Diktatur. Die Vertreter der Arbeiterschaft, also die gesamte Arbeiterschaft, werden mit Verhaftung bedroht, wenn sie nicht dem Unternehmerdiktat zustimmen, sie werden freigelassen, wenn sie offenen Verrat begehen und durch Plakate zum Streikabbruch auffordern. Also Erpressung, wie sie im Buche steht. Erpressung unter Anwendung von Gewalt, Herr Seeckt, darauf steht noch dem bürgerlichen Gesetzbuch Zuchthaus. Und die Offiziere und Kriminalbeamte, die Sie zu den Lohnverhandlungen der Mühlenarbeiter schickten, haben sich der Erpressung schuldig gemacht und Sie haben sie dazu angestiftet, den Auftrag dazu gegeben. In Deutschland gibt es soviel „objektive" Staatsanwälte, ob sich wohl einer finden wird, der „Sühne für die Verletzung des Rechts" fordern und Anklage wegen Erpressung gegen Seeckt, seine Offiziere und die Kriminalbeamten erheben wird?

Reichswehroffiziere und Kriminalbeamte bei den Lohnverhandlungen, die Lohnkommission verhaftet, Streikpostenstehen verboten, der Streik überhaupt verboten, Kontrollausschüsse und proletarische Hundertschaften verboten. Die Goldmark in drei Tagen um das Vierfache ihres Wertes gestiegen, ein Brot in Berlin 420 Milliarden, jeden Tag zunehmende Betriebsstillegungen, jeden Tag wachsende Arbeitslosigkeit und Hunger, in einer kleinen Stadt wie Wernigerode 11 Selbstmorde aus Nahrungssorgen in einer Woche, Hungertod der Alten in den Räumen der „Jüdischen Altershilfe", zunehmende Hungerunruhen trotz der mit Faszisten und Stahlhelmern aufgefüllten Reichswehr und Schupo, das sind die Ergebnisse von zwei Monaten Generaldiktatur für das Proletariat, für die überwiegende Mehrheit, für 90 Prozent des Volkes. Wirklich schöne Ergebnisse, die noch schönere Aussichten für die Zukunft mit der zunehmenden Zerrüttung der Wirtschaft bieten. Heute noch werden die Lohnabkommen erpreßt und die Streikführer verhaftet, morgen schon wird das Programm der Faszisten, beim Streik jeden fünften Streikenden an die Wand gestellt, erfüllt werden. Es sind zuviel Menschen auf der Welt, deshalb weg mit den Arbeitern.

Der Hunger und mit ihm die Gewaltmaßnahmen der großindustriellen Militärdiktatur wachsen von Tag zu Tag. Mit ihr wachsen aber auch die Kräfte der Revolution. Die an die Demo- [illegible] er und Thüringen [illegible] kannt, daß nur die [illegible] Arbeiterklasse er- [illegible] auf das Streikverbot [illegible] Zeichen, daß ihre [illegible] so sehr mit dem [illegible] die Arbeiterschaft [illegible] Kampfwille und die [illegible] Stunde zu Stunde. [illegible] sischen Partei und [illegible] ung in den Reihen [illegible] Konferenz. Die [illegible] roletariats wachsen, [illegible] Stärke und Kraft [illegible] ie Hand zu nehmen [illegible] r abzulösen.

4½ Millionen Arbeitslose

wissen schon nicht, was sie morgen essen werden. Die Agenten der Konterrevolution reizen sie auf zu Plünderungen der kleinen jüdischen Schieber, um die Wut des Volkes abzuleiten von den großen jüdischen und christlichen Schiebern. Die VSPD. fordert Euch auf, der Schupo zu helfen im Kampfe gegen Plünderungen.

Wir fordern Euch aber auf zum Kampf um Brot und Freiheit!

Das Schweigen der Arbeiter macht die faszistischen Diktatoren übermütig. Ein unfähiges Gesindel, das nichts hat als den Prügel, der säuft und den Säbel, der haut, eine Bande von Bankrotteuren, mit denen die Entente spricht, als wären sie ihre Lakaien. Sie glauben, daß sie alles dem deutschen Volke bieten könnten.

Wir rufen Euch auf, den Herrschaften zu zeigen, daß sie die Arbeiterklasse nicht besiegt haben.

Füllt die Straßen der Städte mit Euren Massen, gegenüber denen Reichswehr und Sipo Glas ist, das zersplittert.

Auf zur Massendemonstration!
Brot für die Hungernden!
Arbeit für die Proletarier!
Freiheit für die Volksmassen!
Nieder mit der faszistischen Diktatur!
Es lebe Räte-Rußland!

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der 3. Internationale).

Arbeiter, Angestellte, kleine [illegible] nflente!
Proletarische Soldaten der [illegible] upo!

Die Regierung der Kapitalisten feiert einen Sieg über die arbeitende Klasse nach dem anderen. Nachdem sie das proletarische Sachsen und Thüringen durch Reichswehr besetzen ließ, nachdem sie die sämtlichen revolutionären Arbeiterzeitungen erdrosselt hat, befestigt sie ihren Sieg, indem sie die Versuche des Aufstandes der Völkischen, der Vertreter des Kleinbürgertums niedergeworfen hat. Sie wird sich jetzt einigen mit den bayrischen Rebellen, mit der Regierung Kahrs, die Deutschland zerschlagen und den Weg ebnen will zur Einsetzung der Monarchie! Sie wird sich einigen mit den Junkern, indem sie die reaktionären Elemente in die Regimenter aufnimmt. Unter Führung des Generals Seeckt wird das Bündnis der Brotwucherer, der Kohlen- und Eisenwucherer geschlossen.

Die Reichswehr wird offen zur Wehr der Reichen.

Diese faszistische Diktatur bedeutet:

wachsende Teuerung,
wachsenden Hunger,
wachsende Arbeitslosigkeit
und den Zehnstundentag!

Sie bedeutet:

die Vollendung der Versklavung der Arbeiterschaft.

Jeder Tag der Herrschaft Stresemanns und Seeckt beweist: alle Versprechungen, wertbeständiges Geld einzuführen, sind Lug und Trug.

Die Regierung Stresemann-Seeckt kann kein wertbeständiges Geld einführen, weil sie kein Gold und keine Devisen hat, Gold und Devisen der Schwerindustriellen und Junker nicht beschlagnahmen will.

Die Regierung Seeckt verspricht die Linderung der Lebensmittelnot, aber dieses Versprechen ist Betrug. Die Bauern geben für die wertlosen Papierfetzen kein Brot und die Regierung wagt nicht, Industrieprodukte bei den Schwerindustriellen zu beschlagnahmen, um dafür von den Bauern Brot zu bekommen.

Die Regierung Seeckt verspricht Euch Kohlen für den Winter, aber sie wagt nicht, Kohlen bei Stinnes und Klöckner zu nehmen.

Die Regierung Seeckt verspricht, gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen, aber sie macht die Arbeiter arbeitslos,

[illegible] sche Industrie nicht [illegible]

[illegible] er Mittelstand!

[illegible] acher der Militär- [illegible] as war, habt Ihr [illegible] Peiniger nicht ver- [illegible] ionen des Generals [illegible] rdet Ihr hun- [illegible] ieben werden.

Die Auflösung des Reiches

Unserm österreichischen Parteiorgan, der „Roten Fahne", entnehmen wir nachstehenden Artikel, der die Beurteilung der Lage Deutschlands durch unsere österreichischen Genossen zeigt und uns mit der sassistischen Bewegung in Oesterreich bekannt macht.

Red. des „Klassenkampf".

Die Rheinlandrepublik wird zur Wahrheit werden. Die begeistertsten „völkischen" Politiker erklären, daß man sich mit einem vorübergehenden Verlust des Ruhrgebietes abfinden müsse, Stinnes und seine Gruppe, die „Helden" des Ruhrkrieges, haben längst mit dem französischen Kapital Frieden geschlossen und die Teilung der Beute in die Wege geleitet.

Der Deutsche Reichstag wird vielleicht noch einen Protest erheben, machtpolitisch ist die Frage entschieden.

Die Republik Stinnes ist in Gründung begriffen und der Abbau der sozialpolitischen Gesetzgebung ist der erste Schritt zur Rettung der Ruhrkriegsgewinne. Hatte die Arbeiterschaft es abgelehnt, dem Angebot des Generals Degoutte zu folgen und die Betriebe im Interesse der Annexionsbehörden zu besetzen, ist das deutsche Kapital keineswegs von „nationalen" Vorurteilen erfüllt.

Die französischen Bajonette werden gegen die deutschen „Volksgenossen" aufgeboten, die man vorher schwere Opfer bringen ließ für die künftige Bündnisfähigkeit des deutschen Kapitals mit dem „Erbfeind".

Stresemann, der deutsche Kanzler, dessen Rücktritt von der bayrischen Kahr-Regierung immer energischer gefordert wird, will nun dem Beispiel seiner kapitalistischen Auftraggeber nachfolgen und ein Kompromiß schließen. Die Rheinlandrepublik im Rahmen des Reiches stellt wohl nur die erste Etappe der Lostrennungsmaßnahmen des Ruhrgebietes vom Reiche dar, aber sie wird restlos durchgeführt werden. Und die Agenten der Entente bleiben an der Macht. Stresemann hat kapituliert.

Vergebens suchen nun die Sozialdemokraten wenigstens einen Teil der sozialpolitischen Gesetze aufrechtzuerhalten, die Kapitalisten haben längst ihr neues Reich zu zimmern verstanden, in dem der Säbel herrscht und die industrielle Reservearmee der Kapitalistenherrschaft ausgeliefert erscheint.

Kahr, der bayrische Diktator, kann die Umgruppierung der Kräfte im Rheinland nicht ungenützt vorübergehen lassen. Das Verbot der Kommunistischen Partei und Jugendbewegung, die Verhängung der Zuchthausstrafe für alle „staatsfeindlichen" Elemente, geben ihm nicht nur die Gelegenheit, mit der Arbeiterschutzgesetzgebung abzurechnen, sie gewähren ihm auch freie Hand zur Niederschlagung der „reichstreuen Demokratie"!

Im Namen des Reiches werden die Anhänger der Novemberrepublik als Hochverräter verfolgt und Stresemann freut sich der beispielgebenden Energie, die er selbst auf mitteldeutschem Maßstab nachzuahmen versucht hat.

Die thüringische Arbeiter-Regierung ist gesprengt. Die Sozialdemokraten sehen ihre Illusionen zusammenbrechen, als könnt man friedlich hineinwachsen in den Sozialismus. Wie lange noch, und auch die sozialdemokratische Regierung wird abgelöst werden von Kaiser Wilhelms alten Offizieren. Das rote Thüringen hat kapituliert, ehe noch die Brigade Ehrhardt ihre militärischen Pläne durchzuführen vermochte, und als unblutiger Sieger darf der Sturmtruppkommandant Hitlers Erbe antreten und von Kahr die Amnestie ertrotzen.

Dennoch darf man den Einfluß der Hakenkreuzgruppen nicht überschätzen. Wenn auch die Auflösung der „Reichsflagge" und des „Oberland" mehr formell als faktisch ist, so beweisen diese Maßnahmen doch, daß die blauweißen separatistischen Kreise sich stark genug fühlen, ihre alldeutschen Werkzeuge im Gehorsam zu erhalten.

Kahr hat es verstanden, die Hitler-Gruppen bald durch Drohungen, bald durch Versprechungen für sich ungefährlich zu gestalten, die Unterstützung des Zentrums und der Kirche stärkt seine Position gegen das ketzerische Berlin.

Wenn Kahr als Protestant dennoch die Unterstützung der Wittelsbacher und des katholischen Klerus findet, so deshalb, weil man gerade dadurch die Werbekraft des katholischen Musterstaates vermehren will in den nichtkatholischen Gebieten.

„Der Separatismus hat seinen Schrecken für uns verloren", offen bekennt sich die nationalistische Presse, offen bekennt sich der begeisterte Nationalist der Schwarzen Reichswehr zu den Lostrennungsbestrebungen des Bundes „Bayern und Reich".

Während so die Selbstzerfetzung in Deutschland vor sich geht, fordert das Ententekapital „die Ausdehnung des Besetzungsgebietes zur Sicherung der Reparationen".

Der Sieg des Separatismus im Reich hat das Bündnis Kahrs mit Seipel noch mehr befestigt. Rheinland, Bayern, Oesterreich, das sind die Etappen der Ententeoffensive. Die österreichischen Heimwehren, Instrumente des Klassenwillens der Agrarier, stehen bereit, Kahrs Offensive weiterzutragen, und Steidle, der Tiroler Kommandant, wird gerne nach Ablehnung eines gemeinsamen Vorgehens durch die italienischen Faszisten in Kahrs-Bayern einen Rückhalt finden.

Die Heimwehrformationen Salzburgs, Ober- und Niederösterreichs sind nicht schlechter organisiert als die Tiroler Helden der „Berg-Isel-Paraden".

Auch ohne einen Einmarsch bayrischer Truppen, durch die Kraft der österreichischen Selbstschutzverbände allein können Kahrs Verbündete sein Beispiel nachahmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231116-11/fragment/page=0007